



SOLOTHURNER FREISINN

Solothurn	2/3/4	FDP Frauen	6	Unter Freisinnigen	14	Porträts	21
Jungfreisinnige	5	Sessionsrückblick	10	Erasmus+/Horizon2020	17	Radikal	23

21. Jahrgang / Erscheint viermal jährlich / Offizielles Organ der FDP.Die Liberalen Kanton Solothurn

Inhalt

Fraktionsausflug

Die Kantonsratsfraktion besuchte an ihrem traditionellen Ausflug das Niederamt.

Seite 3

Der Staat ist überall

Unser Kolumnist Urs Marti widmet sich Pierre Bourdieu, einem zu Unrecht kaum bekannten französischen Soziologen.

Seite 4

Familie und Beruf vereinbaren

FDP.Die Liberalen setzt sich für die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein. Am 23. Mai 2014 fand in Luzern eine Tagung zu diesem Thema statt. Die vorgestellten Projekte der FDP auf kantonaler und lokaler Ebene zeigten, wie dies effektiv funktionieren kann.

Seite 20

Ja zum Schutz der Privatsphäre

Die FDP unterstützt die Initiative zum Schutz der Privatsphäre. Diese will verhindern, dass unter Druck des Auslandes und der Linken der gläserne Bürger Realität wird. Fraktionschefin Gabi Huber erklärt, weshalb diese Volksinitiative für die FDP von Bedeutung ist.

Seite 22

Ausfinanzierung der Pensionskasse – ein Jahrhundertvorhaben!

Die Ausfinanzierung der Deckungslücke der Pensionskasse Kanton Solothurn ist im wahrsten Sinne des Wortes ein Jahrhundertvorhaben. Einerseits wegen der Höhe der Deckungslücke über 1,1 Milliarden Schweizer Franken und andererseits wegen der zeitlichen Dimension. Bereits seit der Gründung der Kasse 1957 wurde ein versicherungstechnisches Defizit vor sich hergeschoben. Der Tiefpunkt der Unterdeckung wurde 1982 mit einem Deckungsgrad von 55 Prozent erreicht!

Beat Loosli,
Kantonsrat, Starrkirch-Wil

Ursache der Deckungslücke waren einerseits Defizite bei der Kapitalanlage. Andererseits wurden bis ins Jahr 1992 im Leistungsprimat Leistungsversprechungen und -verbesserungen gemacht, welche nicht vollumfänglich finanziert wurden. So wurden Lohn-erhöhungen nicht oder nur teilweise ausfinanziert. Davon hat der Staat als Arbeitgeber, aber auch der Arbeitnehmer profitiert. Beim Staat konnte das «eingesparte» Kapital beispielsweise für Investitionen oder zur Vermeidung von Steuererhöhungen gebraucht werden. Damals war dies bei den öffentlich-rechtlichen Pensionskassen der Normalfall. Ein Deckungsgrad von 60 bis 70 Prozent wurde als genügend betrachtet. Man hatte ja schliesslich die Staatsgarantie! Ich denke: Ohne



Im Rathaus sind sich fast alle einig, dass die Sanierung der Pensionskasse bis Ende Jahr gelingen muss.

die Änderung des entsprechenden Bundesgesetzes bezüglich der Voll- oder Teilkapitalisierung von öffentlich-rechtlichen Pensionskassen würden wir angesichts der schlechten Staatsfinanzen nicht über dieses Ge-

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

schäft reden. Nun zwingt uns der Bund aber dazu.

Vollkapitalisierung gleich Wegfall der Staatsgarantie

Bei der Frage der Voll- oder Teilkapitalisierung (80 Prozent) der Pensionskasse hat sich in der Vernehmlassung die grosse Mehrheit für die Vollkapitalisierung per 1. Januar 2012 und damit für den Wegfall der Staatsgarantie ausgesprochen. Damit sollen klare Verhältnisse bei einem allfälligen, künftigen Sanierungsfall geschaffen werden. Im Gegensatz zur Ausfinanzierung einer öffentlich-rechtlichen Kasse ist der Sanierungsfall bezüglich Aufteilung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer klar definiert und wird künftig paritätisch erfolgen. Eine Teilkapitalisierung kommt den Steuerzahler auf Dauer wesentlich teurer zu stehen!

Wegfall des Teuerungsausgleichs

Der Kantonsrat hat dem Antrag der Finanzkommission zugestimmt, das eine Lohnprozent des Arbeitgeberbeitrages, welches für den Ausgleich von künftigen Teuerungen bis 0,6 Prozent vorgesehen war, als einen zusätzlichen Amortisationsbetrag zu verwenden. Die Mehrheit des Kantonsrates ist der Meinung, dass seitens der Arbeitnehmer nicht nur die Aktivversicherten

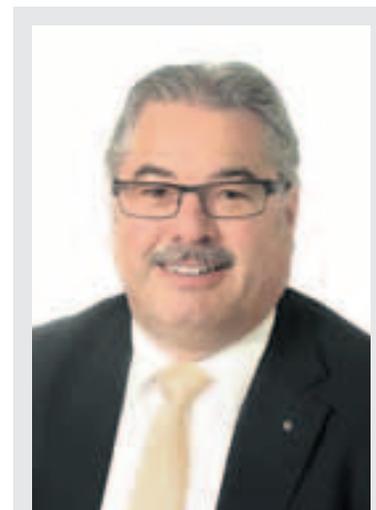
ihren Beitrag an die Ausfinanzierung zu leisten haben, sondern auch die bisherigen Rentner. Wie bereits ausgeführt, wurden Leistungsversprechungen und -verbesserungen gemacht, welche nicht vollumfänglich finanziert wurden. In diesen Bereich fallen auch die angesichts der stetig gestiegenen Lebenserwartung zu hohen Umwandlungssätze und die zu hohen Annahmen der künftigen Kapitalrenditen. Dies alles hat zu Renten geführt, welche nicht komplett gedeckt waren. Wohlverstanden: Die bisherigen Renten sind reglementarisch gesichert und werden nicht gekürzt; jedoch gibt es keinen automatischen Teuerungsausgleich mehr! Auch künftig sind Teuerungszulagen noch möglich; die Pensionskasse muss jedoch mit Blick auf den Deckungsgrad und die gebildeten Wertschwankungsreserven das dafür benötigte Kapital selber erwirtschaften. Im Übrigen haben die öffentlich-rechtlichen Kassen, welche ausfinanziert wurden, den automatischen Teuerungsausgleich grossmehrheitlich ebenfalls gestrichen. Bei privat-rechtlichen Kassen ist er sowieso nicht die Regel. Mit dieser Massnahme können zusätzlich 7,4 Mio. Franken für die Amortisation der Schulden aus der Ausfinanzierung eingesetzt werden. Die Mehrheit des Kantonsrats, die Finanzkommission und der Regierungsrat sind sich einig, dass damit eine Steuererhöhung vom Tisch ist!

SVP-Opposition gefährdet Lösung bis Ende Jahr

Die SVP hat gefordert, nebst der Streichung des automatischen Teuerungsausgleichs zusätzlich 0,5 Prozent des Arbeitgeberbeitrages (3,7 Mio. Franken) für die Schuldenamortisation zu verwenden. Auf den ersten Blick sinnvoll, gefährdet dieser Vorschlag bei genauer Betrachtung die Ausfinanzierung und damit den Wegfall der Staatsgarantie. Gemäss geltendem Recht müssen einer Änderung des Vorsorgereglements – und genau dies würde die Forderung der SVP bedeuten – auch die Arbeitnehmer zustimmen. Dies ist nicht zu erwarten, womit alles beim Alten bleiben würde! Die Opposition der SVP ist riskant. Eine Ablehnung des Gesetzes in der Volksabstimmung hiesse Folgendes: Die Aufsicht muss gemäss Bundesrecht die Ausfinanzierung der Pensionskasse mit einer Zeitdauer von maximal 10 Jahren verfügen. Angesichts der Deckungslücke von 1,1 Milliarden Franken ist dies ohne eine massive Steuererhöhung gar nicht machbar. Es fragt sich, ob das im Interesse der SVP ist.

Beteiligung der Gemeinden: Eher ja

Bezüglich der Beteiligung der Gemeinden für den Anteil der Schulträger ist man grundsätzlich der Meinung, dass eine Beteiligungspflicht aller Arbeitgeber – auch der Schulträ-



Beat Loosli ist seit 2001 FDP-Kantonsrat. Als Präsident der wichtigen Finanzkommission hat er die Streichung des automatischen Teuerungsausgleichs ins Spiel gebracht und damit die Zustimmung der bürgerlichen Mitteparteien zum Pensionskassengesetz erwirkt.

ger – gegeben ist. Die Gemeinden respektive die Schulträger sind nicht zuletzt auch aufgrund des Urteils des Verwaltungs- und Bundesgerichts im Fall der Gemeinde Erlinsbach als Arbeitgeber in der Pflicht. Der Kantonsrat ist jedoch der Meinung, dass diese Frage durch das Volk bestimmt werden soll, und legt ihm deshalb zwei Varianten vor.

Bucheggberg-Wasseramt

Friedliches Auseinandergehen

Mit der Reform der Wahlkreise im Kanton Solothurn 2005 wurden die FDP-Bezirksparteien zu Amteiparteien fusioniert; so auch in der Amtei Bucheggberg-Wasseramt. Nach knapp zehn Jahren hat sich gezeigt, dass dieses Konstrukt nicht geeignet ist, die unterschiedlichen Bedürfnisse in den beiden Bezirken abzudecken; zu gross sind die Mentalitätsunterschiede. Vor kurzem fand darum im Alterszentrum Läbesgarte in Biberist die Trennungsversammlung der Amteipartei mit anschliessender Neugründung der Bezirksparteien Bucheggberg und Was-

seramt statt. Die Strukturreform der Kantonalpartei hat dieses friedliche Auseinandergehen ermöglicht; die neuen Statuten der kantonalen FDP verlangen lediglich die gemeinsame Durchführung der Kantonsratswahlen und die Bestimmung eines gemeinsamen Wahlkampfleiters. Hansueli Wyss, neuer Präsident der Bezirkspartei Bucheggberg, ist überzeugt, dass man mit der neuen, alten Form wieder näher bei den Wählerinnen und Wählern sein wird, damit die FDP im Bucheggberg besser wahrgenommen wird. Auch Philippe Arnet, der den



Hansueli Wyss, Brugglen

Lead im Wasseramt übernommen hat, ist guter Dinge, eingeschlafene Ortsparteien durch die neue Struktur wieder reaktivieren zu können. Damit erst kann die Basis gelegt werden, um in den kommenden Wahlen im Wahlkreis



Kantonsrat Philippe Arnet, Biberist

Bucheggberg-Wasseramt wieder erfolgreich auftreten zu können. Die beiden Bezirksparteien werden sich nun definitiv organisieren, um sich in Bälde schlagkräftig für die Anliegen ihrer Sympathisanten einsetzen zu können.

Fraktionsausflug in den Osten des Kantons

Für die Organisation des diesjährigen Fraktionsausflugs zeichnete die Amtei Olten-Gösgen verantwortlich. Beim leckeren Pastabuffet trafen sich die freisinnigen aktiven und ehemaligen Kantonsräte und Kantonsangestellte sowie Mitglieder des Parteivorstands im Golf Club Heidental Stüsslingen bei Peter Oesch. Für das Nachmittagsprogramm wurden wie üblich mehrere Gruppen gebildet. Ein Teil blieb auf Platz und versuchte unter kundiger Leitung, die Reize des Golfsports zu erkunden. Einige Teilnehmer zog es zur Betriebsbesichtigung der Zaugg Maschinenbau AG nach Schönenwerd. Das innovative Familienunternehmen zeichnet sich durch ausgeprägten Erfindergeist aus und faszinierte die Anwesenden sichtlich. Auch die traditionelle Jassgruppe durfte nicht fehlen, aber die meisten Gäste entschieden sich für die Wanderung, die zum Schloss Wartenfels ob Losdorf führte. «Schlossgeist» Rolf Leuthard lud zu einer interessanten Führung, die mit einem Apéro abgeschlossen wurde. Beim feinen Nachtessen im Casino Schönenwerd verlieh Fraktionspräsident Peter Hodel seiner



Alt Fraktionschef Yves Derendinger beim Abschlag.



Die Wandergruppe wird auf Schloss Wartenfels empfangen.



Führung durch die Zaugg Maschinenbau AG in Schönenwerd.



Geselliger Ausklang beim Nachtessen im Casino Schönenwerd.

Freude über die rund 60 Gäste Ausdruck. Anschliessend konnte er in an-

gemessenem Rahmen mit einer Karikatur seinen Vorgänger Yves Deren-

dinger für seine Dienste würdigen und offiziell verabschieden.

Info-Abend der Untergäuer Ortsparteien

Teure Verbürokratisierung des Sozialwesens

Immer wieder hört man Klagen aus den Ortsparteien über den schlechten Besucheraufmarsch an Anlässen. Oftmals sind es aber die einfachsten Rezepte, die die besten Resultate erzielen: Man verbinde sich mit einem halben Dutzend Ortsparteien, wähle ein Thema, das die Bevölkerung bewegt, und lade zwei versierte Referenten ein. Pius Müller, umtriebiger Ortsparteipräsident in Rickenbach, führte mit seinen Kolleginnen und Kollegen aus Boningen, Fülenbach, Gunzgen, Hägendorf, Kappel und Wangen einen solchen Anlass punkto ausufernder Kosten im Sozialbereich durch. Die sieben Untergäuer Gemeinden bilden seit 2009 eine Sozialregion, die von Andreas Jäggi präsidiert wird. Michel



SRU-Präsident Andreas Jäggi legt beunruhigende Zahlen und Fakten zur Entwicklung des Sozialwesens dar.

Tschanz ist Geschäftsleiter. Beide strahlten eine hohe Glaubwürdigkeit aus und gaben den rund 60 Anwesen-

den Besorgnis erregende Einblicke in die Verbürokratisierung des Sozialwesens. Sie forderten von der Politik,

mehr marktwirtschaftliche Anreize zu schaffen. Der Lastenausgleich unter den Sozialregionen sei dafür beispielsweise kaum dienlich. Auch lösten die Aussagen zur stetig steigenden Professionalisierung grosses Kopfschütteln aus. Weder Geschäftsleiter Tschanz noch seine Stellvertreterin seien nach den neuen Vorgaben überhaupt für ihre Stellen qualifiziert. Heute dürfe man nur noch studierte Sozialarbeiter anstellen. Da ist eine unheilvolle, sich selbst am Leben haltende Industrie in den Gang gekommen. Baustellen im Sozialbereich gibt es genug, hier waren sich alle einig. Und ebenso, dass Macher wie Tschanz und Jäggi die richtigen Leute sind, diese zu beseitigen.

Kolumne

Der Staat ist überall



Urs Marti, Solothurn

Pierre Bourdieu widerspricht Jean-Paul Sartre, der in einem seiner Werke den Satz formuliert hat: «Ich bin frei, ich kann auch nicht zur Arbeit gehen, ich habe auch die Freiheit, nicht aufzustehen.» Das sei falsch, wenn auch sehr verführerisch, meint Bourdieu. Und Recht hat er. Denn der Staat sagt, wann ich aufstehen muss, ob es Sommer- oder Winterzeit ist. Der Staat sagt, wann Werktag, wann Sonntag oder Feiertag ist (neuerdings sogar, ob es ein hoher oder «niederer» Feiertag ist). Der Franzose Pierre Bourdieu ist einer der originellsten Soziologen. Doch wer kennt schon Pierre Bourdieu? Seine Gedanken führen ihn zur Schlussfolgerung: Der Staat ist überall. Welch erschreckende Erkenntnis für alle liberal Gesinnten! Um im EVP-Jargon zu sprechen, müsste das

Der Autor Urs Marti war von 1969 bis 1996 Bundeshausredaktor bei der «Neuen Zürcher Zeitung». Seine Passion für die nationale Politik übersetzte er unter anderem auch in sein Buch «Ein Parlament – zwei Kammern». Der passionierte Segler wohnt mit seiner Ehefrau in Solothurn, wo er öfters auf einem Spaziergang mit seinem Boxer anzutreffen ist und über das politische Geschehen sinniert.

aber für Freisinnige auch eine «Frohbotschaft» sein, denn jetzt gibt es Arbeit, wenn wir verhindern wollen, dass sich der Staat und alles, was man dazuzählen kann, nicht noch breiter macht.

Die EU-Staaten haben kürzlich ein neues Parlament gewählt, und im Wahlkampf kam auch die Wut über die Regelungswut in Europa zum Ausdruck. Ins Visier geriet vor allem Energiekommissar Günther Oettinger, der auch Glühbirnen, Duschköpfe und Staubsauger normieren will. Dafür konnte natürlich niemand sein, wenn er nicht gerade für die Grünen kandidierte. Oettinger verteidigte sein Ansinnen jedoch damit, dass er vom Rat und dem Parlament einen entsprechenden Auftrag zur Energieeffizienz erhalten habe. Ein Beamter doppelte nach. Immerhin könne die EU durch die Drosselung der Wattleistung bei den Staubsaugern im Jahr 2030 die Stromproduktion eines Kraftwerks sparen. Wer will (wer kann) da schon gegen Energieeffizienz, Klimaschutz, Naturschutz, Verkehrseindämmung sein? Das sind hehre Ziele. Aber deren Umsetzung ist eine zu ernste Sache, als dass man sie auf unsere Verhältnisse bezogen allein den Bundes-, Staats- oder Gemeindeangestellten überlassen dürfte. Es kann nicht sein, dass zum Beispiel wegen einer Temporeduktion eine Strasse nach der andern geschlossen wird, weil diese nun Fluchtverkehr anzieht. Gerade Massnahmen im Verkehrsbereich und nicht nur da verlangen Augenmass und Verhältnismässigkeit, wenn man die Ökodiktatur verhindern will. Der Primat der Politik – und für uns ist es eine liberale Politik – muss gewährleistet sein. Der Staat ist überall. Das lässt sich nicht wegdiskutieren. Aber gegen den überbordenden, überregulierten Staat müssen Pflöcke eingesetzt werden: bis hierher und nicht weiter!

Wechsel in den Ortsparteien

Aeschi: Rücktritt Karl Wägli (Auflösung der Ortspartei)
Däniken: Ruedi Rickenbacher (neu) für Roger Reimann
Langendorf: Co-Präsidium mit Patrick Suter (neu) und Peter Brügger (bisher)
 Wir danken den zurückgetretenen Präsidenten für ihren Einsatz.

Parteitag

Voranzeige: Am Samstag, 25. Oktober 2014, findet von 8.30 bis 13.00 Uhr ein Parteitag der *FDP.Die Liberalen Kanton Solothurn* im Campus der FHNW Olten statt. Gemeinsam mit Volkswirtschaftsdirektorin Esther Gassler und Bildungsdirektor Remo Ankli diskutieren wir über den Fachkräftemangel in der Schweiz und wie die FDP diesem mit einer bildungspolitischen Strategie begegnen kann. Der Anlass steht allen interessierten Freisinnigen offen.



Der Parteitag findet im Neubau des Campus der FHNW Olten statt.

Veranstaltungen

August 2014

Mi	20.	19.30 Uhr	Kantonale Delegiertenversammlung (Büsserach)
Fr	22.		Jahreszusammenkunft Vereinigung freisinnig-jungliberaler alt Kantonsrätinnen und alt Kantonsräte (Bezirk Thal)
Di	26.	19.00 Uhr	Parteivorstand («Rössli», Oensingen)

September 2014

Sa	13.		Parteitag der FDP Schweiz in Zug
So	28.		Eidgenössische und kantonale Abstimmungen

Den Jahresterminkalender und weitere Details finden Sie unter:
www.fdp-so.ch/events

Wirte-Initiative

Ja zur Wirte-Initiative

Die Jungfreisinnigen sagen Ja zur Volksinitiative der Gastwirte: Schluss mit der Mehrwertsteuerdiskriminierung für Restaurants! Die Jungfreisinnigen unterstützen die Gastronomie, denn wir sind fürs Gewerbe – und für die Wirtschaft!

**Chris Mundt, Vorstand
Jungfreisinnige Schweiz**

Natürlich kann man argumentieren, ein Salat im Restaurant ist nicht das Gleiche wie ein Salat im Lebensmittel Laden. Im Restaurant wird er zubereitet, angerichtet und serviert. So gesehen ist die höhere Besteuerung nachvollziehbar. Aber: Was ist mit den Kebab-Ständen und Würstchenbuden? Was ist mit den Kiosken, vor denen ein paar Bänke stehen? Wird die Bratwurst vom Kunden gekauft und mitgenommen – 2,5 Prozent Mehrwertsteuer. Isst er sie gleich vor Ort am Stehtisch – acht Prozent.

Es gibt zahlreiche absurde Beispiele, wo für das gleiche Produkt, am gleichen Ort zubereitet, aber an unterschiedlichen Orten verzehrt, verschiedene Mehrwertsteuersätze gelten. Dies führt zu Verwirrung und zu Bürokratie. Und Verwirrung und Bürokratie lähmen jedes Gewerbe. Unternehmer wollen produzieren und verkaufen, nicht Formulare ausfüllen.

Königsweg Einheitssatz

Der Königsweg zur Lösung dieses Problems – von der kompletten Streichung der Mehrwertsteuer einmal abgesehen – ist der Einheitssatz. Egal ob Wein oder Wasser, ob Bleistift oder Brot, ob Hemd oder Hotel: Würde alles mit dem gleichen Satz besteuert, es würde für die Wirtschaft einfacher. Darum sprechen wir Jungfreisinnigen uns vorbehaltlos für den Einheitssatz aus. Keine Ausnahmen, keine Spezialfälle – sondern einfach und unbürokratisch. So simpel die Idee, so unrealistisch ihre Umsetzung. Alle Versuche, auf einen Einheitssatz hinzuwirken, scheiterten im Parlament. Und den Mut, den Einheitssatz mittels Volksinitiative zu fordern, bringt (leider) niemand auf.

In Anbetracht dieser Tatsache, dass der Königsweg verbaut ist, stellt sich



Chris Mundt argumentiert: «Die Initiative der Gastrobranche verringert Bürokratie und senkt Steuern. Die Jungfreisinnigen haben deshalb die JA-Parole gefasst.»

die Frage der Alternativen. Soll die Volksinitiative, die einem Gewerbe erhebliche Erleichterungen bringt, nur deshalb abgelehnt werden, weil sie dem eigentlichen Ziel – keine Ausnahmen,

sondern Einheitssatz – widerspricht? Wir Jungfreisinnigen beantworten diese Frage mit Nein. Und sagen Ja zum Ende der Diskriminierung einer ganzen Branche.

Ja zur Steuersenkung

Die Initiative beinhaltet aber noch eine zweite Komponente, die aus freisinniger Sicht zwingend zu unterstützen ist: eine Steuersenkung. Auf bis zu 750 Millionen Franken werden die Steuerausfälle beim Bund geschätzt, sollte die Initiative angenommen werden. 750 Millionen Franken, die anstatt in der Berner Bundesverwaltung zu versanden, im Portemonnaie der Schweizer Bürger bleiben und für Investitionen oder zum Konsum gebraucht werden können. So sieht Wirtschaftsförderung aus!

Wer Angst hat, dem Anliegen der Restaurantbranche zuzustimmen, weil die Steuerausfälle die aufgegleiste Unternehmenssteuerreform III gefährden könnten, soll beruhigt sein: Am Knochen der Bundesverwaltung ist genügend Fleisch, um sowohl die Steuererleichterung der Gastwirte wie auch diejenige der Unternehmenssteuern locker wegzustecken. Die Ausgaben und Einnahmen des Bundes wachsen jedes Jahr. Zwischen 2013 und 2017 steigen die Ausgaben gemäss Finanzplan um 1646 Millionen Franken pro Jahr an. Sparen – im Sinne von «nächstes Jahr wird weniger ausgegeben als im laufenden Jahr» – ist unbekannt. Sparen beim Bund heisst, das Ausgabenwachstum etwas weniger zu steigern, als ursprünglich gedacht. Wer das Ausgabenwachstum bremsen will, muss auf der Einnahmeseite ansetzen: Je weniger Geld die Verwaltung bekommt, umso weniger kann sie ausgeben. Freiwillig wird sie auf keinen Franken verzichten.

Wenig Bürokratie und tiefe Steuern sind Erfolgsfaktoren für eine Wirtschaft. Die Initiative der Gastrobranche verringert Bürokratie und senkt Steuern. Ein Ja zu dieser Initiative ist ein Ja zur erfolgreichen Schweiz.

Mehr Freiheit. Weniger Staat.

Generalversammlung

Türen auf für liberale Frauen und Männer

An der Generalversammlung der *FDP.Die Liberalen Frauen* vom 17. Mai in Brugg im Kanton Aargau stellte Carmen Walker Späh, Präsidentin der *FDP.Die Liberalen Frauen*, die ersten Resultate der Zukunftstagung sowie das neue Leitbild vor. Im zweiten Teil zeigte die Staatssekretärin des Seco, Marie-Gabrielle Ineichen-Fleisch, in ihrem Referat die Herausforderungen unserer Zusammenarbeit mit der EU nach dem 9. Februar auf.

Claudine Esseiva,
Generalsekretärin
FDP.Die Liberalen Frauen

An der letztjährigen Zukunftstagung haben sich die FDP Frauen die Frage gestellt: Braucht es die FDP Frauen noch? Sind wir überhaupt noch aktuell? Die Antwort war klar: Es braucht uns noch! Und: Die *FDP.Die Liberalen Frauen* gehören zur FDP Schweiz und teilen die Werte unserer liberalen Partei. Es gibt keine Auflösung, keine Abspaltung und auch keine neue Partei. Angesichts des zu beobachtenden rasanten gesellschaftlichen Wandels braucht es aber innerhalb der Partei eine starke Kraft, die gesellschaftspolitische Themen vorantreibt. Denn in einer so dicht vernetzten Welt ist es naiv, davon auszugehen, dass der Markt alles regelt. Genauso naiv ist es jedoch, davon auszugehen, dass der Staat alles regeln kann. Wer die gesellschaftlichen Realitäten nicht anerkennt, der riskiert, dass linke Rezepte mehrheitsfähig werden. Die FDP Frauen sind überzeugt, dass ein offenes Rollenverständnis alle Menschen befreit, sowohl Männer wie Frauen. Deshalb braucht es eine fortschrittliche Politik für fortschrittliche Menschen. Daraus ergibt sich folgerichtig, auch die Anliegen der Männer stärker einzubeziehen und gemeinsam für liberale Lösungen zu kämpfen. Denn: Die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf in unserem Land interessiert die jungen Väter genauso wie die jungen Mütter. Dieser Dialog ist unverzichtbar. Und dieses Wählerpotenzial wollen wir abholen.

Zusammenarbeit Schweiz–EU nach dem 9. Februar 2014

Nach der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative steht für viele



Marie-Gabrielle Ineichen-Fleisch zeigt in ihrem Referat die Herausforderung in der Zusammenarbeit mit der EU nach dem 9. Februar auf.

die Frage im Raum: Wie weiter? Wie gestalten wir unsere Beziehungen zur EU? Die Staatssekretärin des Seco, Marie-Gabrielle Ineichen-Fleisch, hat in ihrem Referat zum Thema: «Zusammenarbeit Schweiz–EU nach dem 9. Februar 2014» die verschiedenen Herausforderungen sowie einige Lösungsansätze aufgezeigt.

Zusammenfassend sagt Carmen Walker Späh, Präsidentin der *FDP.Die Liberalen Frauen*: «Seit dem 9. Februar steht neben Frage der Zusammenarbeit mit der EU die Erwerbstätigkeit der Frauen in unserem Land im Zentrum. Ja ich behaupte, nach dem 9. Februar 2014 gehört den Frauen in unserem Land, die arbeiten

und weiterkommen möchten, der rote Teppich ausgelegt. Wer Ja gesagt hat zum Masseneinwanderungsstopp, der muss jetzt konsequenterweise auch Ja sagen zur besseren Vereinbarkeit und zu Tagesstrukturen in den Schulen, damit das inländische Potenzial an Arbeitskräften auch wirklich ausgeschöpft werden kann.»

Jahresthema «Politik und Verwaltung»

Der Nachrichtendienst und die Bundeskanzlerin beim Service Public

Was hat Snowden mit der Vereinigung der liberalen Bundesangestellten zu tun? Nichts – es sei denn, der Chef des Nachrichtendienstes stattet der FDP Service Public einen Besuch ab und berichtet über seine spannende Tätigkeit. Sein Besuch ist nur einer in einer Reihe von interessanten Referaten in diesem Jahr.

Beat Schlatter,
Präsident FDP Service Public

Anfang Mai und Mitte Juni lud die FDP Service Public einmal mehr zu Referaten in das Politforum Käfigturm ein. Die Ankündigung der interessanten Gäste sorgte für zahlreiche Zuhörer, welche für ihr Kommen mit spannenden Ausführungen und anschaulichen Informationen belohnt wurden.

Markus Seiler als Chef des Nachrichtendienstes der Schweiz sowie die Bundeskanzlerin Corina Casanova haben ohne Zweifel spannende Jobs. Sie verstanden es beide bei den Vortragsabenden der FDP Service Public sehr eindrücklich, die vielseitigen und interessanten Aspekte ihrer Tätigkeit den Anwesenden näherzubringen.

Was bedroht die Schweiz?

Unter diesem Titel entführte Markus Seiler die Mitglieder der FDP Service Public auf eine Reise in die Arbeit des Nachrichtendienstes. Gebannt hörten die Teilnehmenden seinen Ausführungen zur Gefahrenanalyse in den verschiedensten Bereichen zu. Sei es Extremismus, Cyber Crime oder Gewalt von Rechts- oder Linksextremen, der Chef des Nachrichtendienstes legte plausibel dar, wie Gefahren für die Schweiz analysiert, behandelt und darauf reagiert wird.

Politische Hindernisse bei der Bekämpfung

Oder besser gesagt, wie reagiert werden könnte. Denn Markus Seiler erläuterte auch, vor welche Probleme sich der Nachrichtendienst bei der Reaktion auf Gefahren gestellt sieht. Die politische Gratwanderung zwischen



Bundeskanzlerin Corina Casanova stellte die Bundeskanzlei vor.



Beat Schlatter und Markus Seiler beim anschliessenden geselligen Apéro.

Überwachung und Wahrung der persönlichen Freiheit war auch in der anschliessenden Fragerunde ein Thema. Der Frage nach den zukünftigen Einflussmöglichkeiten des Nachrichtendienstes muss sich die Politik in den kommenden Monaten auf jeden Fall stellen, denn der Bundesrat hat seine Botschaft zum neuen Nachrichtendienstgesetz veröffentlicht, und das Geschäft wird in Bälde in die Räte kommen.

Wie läuft die Bundeskanzlei?

Ebenfalls gut besucht war der Auftritt von Corina Casanova, der schweizerischen Bundeskanzlerin, welche der FDP Service Public am 18. Juni die Ehre erwies. Ihr Vortrag über die administrative Organisation der Bundeskanzlei stiess beim fachkundigen Publikum im Käfigturm auf grosses Interesse und zahlreiche Nachfragen. Diese wusste die Bundeskanzlerin spannend und präzise zu beantworten und so gelang es ihr, einen anschaulichen Einblick in die Stabstelle des Bundesrates zu liefern.

Interessante Vortragsreihe geht weiter

Wie in jedem Jahr führt die FDP Service Public in diesem Jahr noch weitere spannende Vorträge durch. Am 17. September stellt sich dann Daniel Schlup, Leiter des Notfall- und Krisenmanagements der SBB, den Fragen der Mitglieder der FDP Service Public.

Die Details zu den Anlässen finden Sie jeweils unter

www.fdp-servicepublic.ch.

FDP-Generalsekretär Stefan Brupbacher wechselt ins WBF

6½ Jahre – aus Liebe zu einer liberalen Schweiz

Nach 6½ Jahren wechselt FDP-Generalsekretär Stefan Brupbacher diesen Sommer ins Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF) von FDP-Bundesrat Johann Schneider-Ammann. Mit einer Liebeserklärung verabschiedet sich Brupbacher und blickt auf seine Zeit im Generalsekretariat zurück.

«Abschiede sollten so kurz sein wie Liebeserklärungen. Drum:

Die erste «Liebeserklärung» gilt meinen knapp 90 Kolleginnen und Kollegen im Generalsekretariat der letzten 6½ Jahre. Viele traten als Praktikanten ein und sind heute bei der Verwaltung oder bei Unternehmen am Aufsteigen. Das GS ist die Kampftruppe der Partei. Gemeinsam geht es durch dick und dünn für liberale Ideen.

Die zweite «Liebeserklärung» gilt Gabi Huber, Fulvio Pelli und Philipp Müller. Die Führungsspitze konnte sich jederzeit aufeinander verlassen. Solange die FDP von solchen Personen geführt wird, die für die gemeinsame Sache kämpfen und sich einsetzen, lebt das Milizsystem.

Die dritte «Liebeserklärung» gilt Ihnen, den FDP-Mitgliedern: Sie setzen an Parteiversammlungen, in Schulkommissionen und Parteiäm-



Ein flammender Aufruf zum Abschied: «Die FDP muss wieder zur Bevölkerung auf die Strasse gehen.»

tern Ihre Freizeit ein. Sie leben Gemeinsinn! Ihre Motivation ist eine liberale Zukunft der Schweiz. Sie wissen, dass wir in einem der besten Länder leben und privilegiert sind.

Doch privilegiert sein verpflichtet zu Verantwortung.

Verantwortung übernehmen liegt in unseren FDP-Genen. 2008 wollten wir die FDP als Herausfordererpartei positionieren. Doch Freisinnig-Liberale wollen nicht herausfordern, sondern gestalten.

Dieser Gestaltungswille ist nötig: Zu stark ruht die Schweiz auf den Lorbeeren aus. Neue Jobs werden beim Staat geschaffen, während Industrie und Gesellschaft an Überregulierung ersticken. Für den gesunden Menschenverstand müssen wir einstehen. Deshalb haben wir seit 2008 für die Reform der Sozialwerke, die Sicherung von Arbeitsplätzen und gegen Bürokratie gekämpft. Für 2015 ergänzen wir diese Sachpolitik mit einem Bekenntnis zu unseren Werten: Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt – aus Liebe zur Schweiz.

Aus Liebe zur Schweiz war für mich kein Slogan, sondern tägliche Motivation für ein einmaliges Abenteuer. Dreimal wehrten wir den Sturm auf unsere zwei Bundesratssitze ab, die Wahlen verloren wir – auch wegen Fukushima – aber leider trotzdem. Und selbst bei der knapp gescheiterten Bürokratie-Stopp-Initiative bleibt mir der fantastische Schlusspurt beim Sammeln in Erinnerung. Wer die Dynamik der letzten 100 Tage miterlebte, weiss, dass wir vieles erreichen können.

Auch in Zukunft müssen wir auf die Strasse gehen und die Bevölkerung von unserer liberalen Politik überzeugen. Damit mein Wunsch an Sie: 2015 ist eine Entscheidungswahl. Vergessen wir eigene Differenzen. Machen wir, wozu wir aus Liebe zur Schweiz verpflichtet sind: Gewinnen wir die Wahlen, damit wir die Geschicke unsere Landes weiter gestalten können!

**Ihr Stefan Brupbacher,
Generalsekretär**

Samuel Lanz neuer Generalsekretär



Als Nachfolger von Stefan Brupbacher wurde Samuel Lanz zum neuen Generalsekretär der FDP. Die Liberalen von der Parteipräsidienkonferenz einstimmig gewählt. Der heutige Referent im Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) wird sich für eine liberale Schweiz und für die Kernanliegen der FDP engagieren.

In einem dreiteiligen Auswahlverfahren hatte ihn zuvor ein Wahlausschuss mit Vertretern von Präsidium

und Fraktion aus Deutsch- und Westschweiz als Kandidaten nominiert. Samuel Lanz verfügt über fundierte Kenntnisse der Schweizer Bundespolitik und kennt die Partei sowie das Generalsekretariat durch seine bisherigen Tätigkeiten hervorragend. Samuel Lanz hat einen Masterabschluss in International Security der University of Warwick (UK).

Der bald 31-jährige Samuel Lanz wohnt in Binningen (BL). Er hat erfolgreich mehrere Funktionen in der Par-

tei ausgeübt und unter anderem die letzten Parlaments- und Bundesratswahlen begleitet. «Ich freue mich sehr über die Wahl von Samuel Lanz und auf die gemeinsame Zusammenarbeit», sagt Parteipräsident Philipp Müller.

«Mit seinem grossen Wissen in den Kernthemen der FDP sowie den politischen Abläufen ist er für diese Aufgabe bestens gerüstet.» Samuel Lanz wird seine Aufgabe am 18. August 2014 aufnehmen.

FDP.Die Liberalen Senioren Aargau

Politisches Engagement: Quo vadis?

Es war ein denkwürdiger Anlass, den die Seniorinnen und Senioren der FDP Aargau am 4. Juni 2014 im Gasthaus zum Schützen in Aarau erlebten. Stéphanie Mörikofer, die mit einem Vorstandsentscheid zur Leiterin der Gruppe gewählt worden ist, moderierte ihren ersten Anlass zum Thema «Politisches Engagement: Quo vadis?».

Hansueli Fischer, ehemaliger Grossratspräsident, ergriff als Erster das Wort. Mit ein paar Sätzen rief er den Anwesenden die Gründung der Gruppierung in Erinnerung. Dies zu Ehren von Peter Hess, Kölliken, und Kurt Graber, Fislisbach, die aus dem Leitungsteam ausgeschieden sind. Er dankte den beiden für die intensive Zeit, die als Vorbereitung der Gründung eingesetzt werden musste. Sie

werden durch Walter Nef, Klingnau und Hanspeter Widmer, Hausen, ersetzt. Danach verabschiedete Stéphanie Mörikofer Hansueli Fischer und dankte ihm für seinen grossen Einsatz. Die Gruppierung wird sich freuen, die drei Herren an Anlässen wieder begrüssen zu dürfen.

Nun stellte Stéphanie Mörikofer das Podium vor, das mit Fritz Hunziker, Hirschthal, als Vertreter der Unternehmen, Rolf Alder, Brugg, als Vertreter der ehemaligen Politiker, Maja Riniker, Suhr, als jüngere Politikerin und Annina Sigg, Schinznach Dorf, als Schülerin besetzt war. Sie war es dann, die den Anwesenden anschaulich erklärte, wie Jugendliche ihres Alters auf Politik reagieren: Politik ist uncool und hat ein schlechtes

Image. Zudem befürchten sie, nicht ernst genommen zu werden.

Maja Riniker ist im Elternhaus «politisiert» worden. Sie denkt, dass es der Gesellschaft in der Schweiz zu gut geht und daher niemand mehr Verantwortung übernehmen will. Sie träumt von einem Gesellschaftsvertrag.

Rolf Alder hat über lange Zeit unterrichtet. In der Seminausbildung ist den angehenden Pädagogen eingetrichtert worden, den Schülern die Politik näher zu bringen. Er ist überzeugt, dass man Kinder auch davon begeistern kann. Leider wird heute wenig Staatskunde unterrichtet, auch weil viele Lehrpersonen aus dem Ausland kommen.

Unternehmer brauchen ihre Zeit je länger je mehr für ihre Unternehmen,

sagte Fritz Hunziker. Es sollten möglichst viele Berufsgattungen eingespannt sein, dafür müssen aber die Rahmenbedingungen stimmen. Zudem sollte die politische Ausbildung verbessert werden, damit wieder mehr junge Leute in die Politik einsteigen.

Die nachfolgende Diskussion zeigte, dass alle politisch interessierten Bürger und Bürgerinnen, auch als Vorbilder, dafür sorgen müssen, dass sich in Zukunft wieder mehr Junge für die Politik interessieren. Nur so können Organe in der Gemeinde und im Kanton auch in Zukunft besetzt werden.

Nächste Veranstaltung

FDP.Die Liberalen Aargau Seniorinnen und Senioren: Mittwoch, 13. August 2014, Schloss Habsburg.

Anzeige

Du willst im Ausland so wenig bezahlen wie zu Hause?

Du kannst

Mit **Go Europe** für nur 5 Franken im Monat. Telefonieren und SMS europaweit zum Schweizer Standardtarif.

orange™

Sommersession der Eidgenössischen Räte

Eine weitere Session mit migrationspolitischen Schwerpunkten

Neben der (erfreulichen) Staatsrechnung 2013, dem neuen Auslandschweizergesetz, der Präimplantationsdiagnostik und der Behandlung verschiedener Volksinitiativen betreffend des Stipendienwesens, der Goldpolitik der Schweizerischen Nationalbank sowie der Pauschalbesteuerung bildeten einmal mehr migrationspolitische Themen einen Schwerpunkt der vergangenen Sommersession.

Kurt Fluri, Nationalrat und Stadtpräsident Solothurn

Am unbestrittensten war die Verlängerung der Geltungsdauer des dringlichen Asylrechts, wie es am 9. Juni 2013 in einer Referendumsabstimmung vom Volk gutgeheissen worden war. Um die in Zürich im Januar dieses Jahres begonnene Testphase mit Beschleunigungsmassnahmen auswerten zu können, ist eine Verlängerung dieses dringlichen Beschlusses notwendig. Der Nationalrat hat diese deshalb über vier Jahre bis 2019 verlängert. Zur Erinnerung: Mit der dringlichen Gesetzesänderung ist u. a. das Botschaftsasyl abgeschafft worden, seither ist die Unterbringung renitenter Asylbewerber in speziellen Zentren möglich, werden die Standortkantone für Beschäftigungsprogramme unterstützt und kann der Bund seine eigenen Anlagen und Bauten ohne Nutzungs- und Baubewilligungsverfahren zur Unterbringung von Asylbewerbern einsetzen.

Verbesserte Kontrollen der Luftfahrtgesellschaften

Mit einer kleinen Revision des Ausländergesetzes wird es möglich, Luftfahrtgesellschaften härter ins Recht zu fassen, welche Ausländerinnen und Ausländer in die Schweiz transportieren, die nicht über die notwendigen ausländerrechtlichen Bewilligungen verfügen.

Nein zur Ecopop-Initiative

Einheitlich in beiden Kammern abgelehnt worden ist die sogenannte «Ecopop-Initiative», welche zweierlei verlangt: zum einen die Begrenzung der

Zuwanderung in die ständige Wohnbevölkerung um maximal 0,2 Prozent pro Jahr sowie eine Investition von mindestens 10 Prozent der Entwicklungshilfegelder in die Förderung der

freiwilligen Familienplanung. Die berechnete Frage nach der Einheit der Materie zwischen diesen beiden Zielen wurde zwar mehrheitlich bejaht, einig war man sich dann aber in der



«Bauchargumente im Zusammenhang mit der Einwanderung sind gefährlich. Deshalb darf die Ecopop-Initiative nicht unterschätzt werden», so Kurt Fluri.

Ablehnung der Initiative selbst. Nach deren Massstäben hätten in den letzten Jahren inkl. Asylbewerber per saldo höchstens noch netto 16 000 Personen in die Schweiz zuwandern können. Auch die Forderung nach einer globalen «Familienplanungsoffensive» stiess nicht auf Gegenliebe. Trotz der einhelligen Ablehnung dieser Initiative muss der Abstimmungskampf seriös geführt werden, wissen wir doch seit dem 9. Februar um die Gefährlichkeit von Bauchargumenten im Zusammenhang mit der Einwanderung.

Revision des Einbürgerungsgesetzes glückt

Schliesslich wurde in letzter Minute die Revision des Einbürgerungsgesetzes über die Runden gebracht: Neben den grundsätzlich unbestrittenen Verbesserungen der Vereinheitlichung der Einbürgerungsverfahren und der Koordination der Mindestaufenthaltsdauer in den Kantonen waren insbesondere die neue Voraussetzung der Niederlassungsbewilligung, die 10-jährige Aufenthaltsdauer in der Schweiz sowie die Fragen der doppelten Anrechnung der Aufenthaltsdauer von Minderjährigen sowie der vorläufigen Aufnahme umstritten. In den beiden letzten Punkten konnte in der Einigungskonferenz insofern ein Kompromiss formuliert werden, als neu das Lebensalter, bis zu welchem die Aufenthaltsdauer doppelt gezählt wird, ans Stimmrechtsalter 18 anknüpfen und indem die Dauer der vorläufigen Aufnahme hälftig angerechnet wird. Aus unserer Sicht konnten wir damit eine referendumsichere Vorlage nach beinahe vierjähriger Beratung gut ins Ziel bringen.

CVP-Initiativen

Familien stärken und Heiratsstrafe bekämpfen – aber mit den richtigen Mitteln

Auch die CVP greift jetzt als Bundesratspartei zum Mittel der Volksinitiative und hat dafür 2012 gleich zwei eingereicht: «Familien stärken! Steuerfreie Kinder- und Ausbildungszulagen» und «Für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe» wurden mit der erforderlichen Anzahl an Stimmen in der Bundeskanzlei eingereicht. Beide Initiativen nehmen sich wichtiger Themen an, verfehlen allerdings das Ziel durch ihre falschen Lösungsansätze.

Martin Schmid,
Ständerat Graubünden

Familien sind ein Grundpfeiler unserer Gesellschaft. Sie gilt es zu schützen und zu stärken. Durch die Geburt eines Kindes setzt sich jedes Paar einem enormen finanziellen Druck aus, der im Schnitt einer Abnahme der Kaufkraft um 40 Prozent entspricht. Diesem Druck entgegenzuwirken, ist auch das Ziel der Familieninitiative. Die Initiative verlangt, dass Kinder- und Ausbildungszulagen von den Steuern befreit werden sollen, und dies unabhängig vom gewählten Lebens- und Berufsmodell.

Doch hat dieser Weg zu diesem ehrenwerten Ziel mehrere Haken. Erstens können Familien, welchen man eigentlich unter die Arme greifen wollte, auf Bundesebene nicht mehr entlastet werden, da bereits die Hälfte von der Bundessteuer ausgenommen ist. Zweitens berücksichtigt die Initiative nicht, dass Haushalte mit Kindern unterschiedlich hohe oder sogar gar keine Kinder- und Ausbildungszulagen erhalten. Somit würde man ein System der Ungleichbehandlung konstruieren. Und drittens würden durch dieses systemsteuerliche Konstrukt Steuerausfälle von Milliardenhöhe generiert.

Heiratsstrafe bekämpfen

Auch die Heiratsstrafe versucht die Familien zu bekämpfen. Denn heute gibt es noch immer eine steuerliche Benachteiligung für ungefähr zehntausend Ehepaare. Die zweite CVP-Initiative sieht daher vor, dass Paare durch die Heirat Wirtschaftsgemein-



Der Bündner Ständerat Martin Schmid setzt sich für die Stärkung von Familien ein. Die Vorschläge der CVP sind allerdings die falschen Ansätze.

schaften bilden. Durch die Teilung des Gesamteinkommens des Ehepaars soll deren Steuerlast gemindert und ihre Benachteiligung «gegenüber anderen Lebensformen» aufgehoben werden.

Doch auch hier erzielt die CVP ein Eigentor. Vor allem der Satz «Die Ehe ist die [...] gesetzlich geregelte Lebensgemeinschaft von Mann und Frau» liefert viel Zündstoff für kommende Debatten. Die Initiative schafft damit nämlich neue Benachteiligungen auf Kosten alternativer Lebensgemeinschaften. Zusätzlich darf man nicht vergessen, dass auch diese Initiative zu milliardenhohen Steuerausfällen führen würde.

Richtige Mittel

Die FDP fordert schon seit geraumer Zeit verschiedene Massnahmen, die Ehepaare und Familien stärken. Bei der Familienpolitik muss die Vereinbarkeit von Beruf und Familie im Vordergrund stehen. Vor allem müssen bürokratische Hürden für den liberalen Arbeitsmarkt abgebaut werden. Diese Entbürokratisierung und Liberalisierung gelten aber auch für andere Bereiche, wie beispielsweise für Kindertagesstätten. Nur so können sich Eltern den Bedürfnissen ihrer Familie entsprechend uneingeschränkt organisieren.

Diese liberalen Forderungen können und müssen jetzt eingebracht werden – denn sie unterstützen dieselben Ziele, aber ohne die schädlichen Nebenwirkungen.

Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative

«Der Bundesrat hat den pragmatischen Weg gewählt»

Der Bundesrat hat seinen Umsetzungsvorschlag zur Masseneinwanderungsinitiative (MEI) vorgestellt. Philipp Müller analysiert das Konzept und stellt fest: Die Umsetzung ist korrekt, doch bei der selbstständig regelbaren Zuwanderung aus Drittstaaten bleibt der Bundesrat weiterhin mutlos.

Philipp Müller, der Bundesrat hat vorgestellt, wie er die Masseneinwanderungsinitiative (MEI) umsetzen will. Wie sieht diese Umsetzung aus?

Der Bundesrat hat sich nicht für die harte Tour entschieden, sondern für einen pragmatischen Weg mit einem Zweikreismodell: Einwanderer aus EU- und EFTA-Ländern werden bevorzugt, so, wie es im noch geltenden Freizügigkeitsabkommen (FZA) der

Fall ist. Die B-Bewilligung ist beispielsweise für eine Dauer von fünf Jahren ausgelegt worden, wie es das FZA ebenfalls vorsieht.

Neu wird es einen Inländervorrang geben. Schafft das für die Unternehmen nicht einen ungeheuren bürokratischen Aufwand sowie die Gefahr, dass notwendige Fachspezialisten fehlen?

Diese Gefahr droht. Aber auch beim Inländervorrang bringt der Bundesrat eine pragmatische Lösung. Der Einzelnachweis kann entfallen, wenn sich in einer Berufskategorie eine geringe Arbeitslosenquote zeigt. Der Bundesrat hat insgesamt den Verfassungsspielraum weitgehend genutzt. Damit haben wir eine gute Ausgangslage für eine pragmatische Lösung im Parlament.

Die SVP hat den Vorschlag aber schon kritisiert ...

... interessant ist schon die Reaktion der SVP! Inhaltlich mäkeln sie zwar wenig, zugleich kritisieren sie den Bundesrat, dass er anhand des Umsetzungskonzepts mit der EU verhandeln will, anstatt die fertige Gesetzesvorlage abzuwarten. Gemäss SVP soll damit in Brüssel ein Nein abgeholt werden.



«Wenn man in Brüssel ein rasches Nein zu Nachverhandlungen abholen will, dann tut man das am sichersten mit den Vorschlägen der SVP.»

Glauben Sie das auch?

Wenn man in Brüssel ein rasches Nein zu Nachverhandlungen abholen will, dann tut man das am sichersten mit den Vorschlägen der SVP.

Was will denn die SVP?

Ob Pakistani, Australier, Amerikaner, Deutscher oder Franzose, alle sollen gleich behandelt werden, also kein Zweikreismodell. Das Konzept der SVP ist wesentlich härter, und Verhandlungen mit der EU würden erst recht unter schwierigen Voraussetzungen beginnen.

Ebenfalls kritisiert wird das rasche Vorgehen des Bundesrats. Sollte man nicht besser gelassener in die Verhandlungen mit der EU steigen?

Gelassenheit ja, unnötiges Zuwarten nein. Denn die Initiative bedingt eine Umsetzung innerhalb von drei Jahren. Somit ist ein rasches Vorgehen nötig. Die Kritik der SVP am bundesrätlichen Fahrplan ist wenig glaubwürdig, ja gar widersprüchlich. Auf «Teleblocher» reklamierte Christoph Blocher noch am 13. Juni, dass Mario Gattiker, der Chef des Bundesamts für Migration, nach seiner Ankündigung des Revisionsbegehrens im Gemischten Ausschuss am 13. Juni einfach wieder



«Gelassenheit ja, unnötiges Zuwarten nein. Denn die Initiative bedingt eine Umsetzung innerhalb von drei Jahren.»

nach Hause gefahren sei, anstatt sofort zu verhandeln. In ihrer Medienmitteilung vom 20. Juni 2014 schreibt die SVP dann unter dem Titel «Inakzeptables Vorgehen» genau das Gegenteil und kritisiert den Fahrplan des Bundesrats.

Welche Taktik steckt dahinter?

Die SVP sucht wohl einen Schuldigen für ein allfälliges Scheitern der Verhandlungen. Das passt nahtlos in ihre Verschwörungstheorie nach den Von-Wattenwyl-Gesprächen vom 16. Mai, wonach der Bundesrat und die anderen Parteien nur ein rasches Nein in Brüssel abholen wollten. Das ist absurd.

Wie kommen Sie darauf?

Sie hat bereits die Lancierung einer Durchsetzungsinitiative angekündigt, verbunden mit der Drohung, den Bundesrat zu verpflichten, das Abkommen über die Freizügigkeit zu kündigen. Das ist der implizite Kollisionskurs mit den Bilateralen, den die Initianten der Initiative gegen Masseneinwanderung im Vorfeld der Abstimmung vom 9. Februar 2014 immer in Abrede gestellt haben.

Zurück zur Umsetzung: Weshalb hat der Bundesrat den Familiennachzug nicht kontingentiert? Dessen Beschränkung war notabene immer ein Anliegen der FDP!

Richtigerweise hat der BR darauf verzichtet, den Familiennachzug zu kontingentieren. Dies ist verfassungskonform, da die neue Verfassungsnorm diesbezüglich nur eine Kann-Bestimmung enthält. Der Familiennachzug muss über die Anforderungen und Voraussetzungen gesteuert werden, nicht über Kontingente. Ansonsten bekommen wir ein Problem mit der Europäischen Menschenrechtskonvention.

Und wie sieht es mit der Kontingentierung des Asylbereichs aus?

Der Bundesrat kontingentiert zwar die vorläufig Aufgenommenen sowie anerkannte Flüchtlinge, wird aber die Kontingente periodisch den entsprechenden Zahlen anpassen. Damit ist ein Konflikt mit dem zwingenden Völkerrecht ausgeschlossen und gleichzeitig der Verfassung nachgelebt. Asylsuchende müssen nicht kontingentiert werden, da sie ja keine

eigentliche Aufenthaltsbewilligung haben. Das ist zwar eine grenzwertige Auslegung, da Asylsuchende ja einen Ausweis N erhalten. Ich werde diese Position aber unterstützen.

Sie kritisieren seit Jahren die lasche Umsetzungspolitik der Justizministerin. Nach wie vor?

Ja, denn der Bundesrat bleibt bei der selbstständig regelbaren Zuwanderung aus Drittstaaten mutlos. Deshalb hat die FDP weitere Vorstösse eingereicht, um die Zahl der jährlich rund 40000 Einwanderer aus Drittstaaten zu reduzieren. Im Asylbereich verlangt die FDP, dass Personen aus sicheren Ländern im beschleunigten Verfahren behandelt werden können. Dies hat sich für Gesuchsteller aus Ex-Jugoslawien als grosser Erfolg erwiesen. Die FDP erwartet zudem, dass das noch geltende Freizügigkeitsabkommens endlich wesentlich konsequenter umgesetzt wird. Zusammen mit Fulvio Pelli habe ich entsprechende Massnahmen bereits im Dezember 2009 an einer Medienkonferenz aufgezeigt.



Konzept des Bundesrats

Der Bundesrat hat am 20. Juni sein Konzept zur Umsetzung des neuen Verfassungsartikels zur Zuwanderung vorgestellt. Diese wird zukünftig über Höchstzahlen und Kontingente gesteuert, deren Höhe sich nach dem Bedarf der Kantone und den Analysen eines beratenden Gremiums richten wird, wobei auch die Sozialpartner konsultiert werden. Kontingentiert werden alle Bewilligungsarten ab vier Monaten Dauer. Die Bedürfnisse des Arbeitsmarkts sollen gedeckt werden, indem das Potenzial der Arbeitskräfte im Inland gefördert und besser ausgeschöpft wird. Das Konzept liefert die Eckwerte für die Gesetzesvorlage, die Ende Jahr folgen wird.



Zeitplan der Umsetzung

Der bundesrätliche Fahrplan hat sich an den Vorgaben des neuen Verfassungstextes zu orientieren, der eine Umsetzung innerhalb von drei Jahren nach Annahme der Initiative verlangt. Soll also am 9. Februar 2017 ein revidiertes Freizügigkeitsabkommen in Kraft treten, dann müsste das revidierte Freizügigkeitsabkommen vor dem Sommer 2015 von beiden Seiten unterzeichnet sein. Dies unter Berücksichtigung der erforderlichen Prozessschritte: Verhandlungsmandat, Verhandlungen, Paraphierung, Unterzeichnung, Botschaft des Bundesrats an das Parlament, parlamentarische Beratungen und Fristen für das Staatsvertragsreferendum.

Starker Wirtschaftsstandort, sichere Arbeitsplätze

Im Schatten des grellen Scheinwerferlichts

Nicht alle wirtschaftlich entscheidenden Themen geniessen grosse Aufmerksamkeit. Doch gerade den «verborgenen» Problemen müssen wir mehr Beachtung schenken.

Liebe Parteifreunde

Seit Monaten hält das Ergebnis der Volksabstimmung vom 9. Februar Politik und Medien auf Trab. «MEI» – die Masseneinwanderungsinitiative – und «121a» – der neue Verfassungsartikel – sind inzwischen geläufige Abkürzungen geworden. Der Bundesrat hat Ende Juni sein Umsetzungskonzept vorgelegt. Doch der Wirtschaftsstandort Schweiz – und damit Arbeitsplätze und Wohlstand – gewinnt oder verliert nicht nur bei diesem zentralen Thema, das im grellen Scheinwerferlicht abgehandelt wird. Fast jeder Entscheid in Bundesbern, in Kantonen und Gemeinden hat Auswirkungen auf die Attraktivität unseres Landes für Unternehmen. Und gerade in bewegten Zeiten wie der heutigen tun wir gut daran, ausschliesslich Schritte in die richtige Richtung zu machen: entlasten statt belasten; Investitionen begünstigen statt behindern; Planungssicherheit statt Unsicherheit schaffen.

Zwei Themen, die mich und mein Departement stark beschäftigen, sind administrative Belastung und Fachkräftemangel.

Zahlreiche Umfragen belegen: Das grösste Problem gerade für die KMU-Wirtschaft ist die zunehmende Bürokratie. Wie schrieb doch der Dichter Johann Nestroy: «Von der Wiege bis zur Bahre, Formulare, Formulare.» Es ist nicht wegzudiskutieren: Der Drang, immer mehr zu regulieren, hat in den letzten Jahren weiter zugenommen.

Diese Entwicklung ist, so bin ich überzeugt, einerseits der Unsicherheit geschuldet, welche die Globalisierung der letzten Jahren bei vielen aufgelöst hat: Mehr Regeln sollen die Welt beherrschbar machen. Andererseits handelt es sich auch um ein Misstrauensvotum gegen die Exzesse der letzten Jahre in der Wirtschaft.

Wir müssen dieser Entwicklung entgegentreten. Zu viele Regeln ver-

hindern Missbräuche nicht, sondern engen unseren Handlungsspielraum ein. Dass wir uns damit selber schaden, darf uns nicht egal sein. Natürlich geht es im Wirtschaftsleben nicht ohne Regeln. Aber es kann auch nicht sein, dass sie den Hals so stark zuschnüren, dass man kaum mehr atmen kann.

Wenn wir weiterhin eine Wirtschaft wollen, in der es Lust und Freude macht, Unternehmer oder Unternehmerin zu sein, dann braucht es eine Renaissance der Verantwortung. Je mehr der unternehmerische Handlungsspielraum mit Verantwortungsbewusstsein und Gemeinsinn genutzt wird, umso weniger Vorschriften braucht es. Besondere Sorge müssen wir dem flexiblen Arbeitsmarkt und der Sozialpartnerschaft tragen. Wir haben beispielsweise genug flankierende Massnahmen – setzen wir sie noch effizienter und professioneller um, statt unsere Vorteile Schritt für

Schritt mit Überregulierung zu verspielen!

Grosse Sorge bereitet uns auch der Fachkräftemangel. Seit einigen Jahren kann die Wirtschaft in der Schweiz die benötigten Fachkräfte nicht mehr finden. Das hat entscheidend zur hohen Einwanderung – und damit auch zur Unzufriedenheit in der Bevölkerung – beigetragen. Langfristig war diese Entwicklung nicht haltbar; der Entscheid des Stimmvolks, die Zuwanderung zu begrenzen, verstärkt noch den Handlungsbedarf.

Dabei waren wir nicht untätig gewesen: Bereits 2011 hatte ich die Fachkräfteinitiative des Bundes angestossen. Es gibt ungenutztes Potenzial: Ich denke da in erster Linie an die zahlreichen ausgezeichnet ausgebildeten Frauen mit Kindern. Durch gezielte Vereinbarkeitsmassnahmen muss man ihnen – und ihren Männern – ermöglichen, ihre Erwerbsarbeitszeit ange-

massen zu erhöhen oder überhaupt erst in die Berufswelt zurückzufinden. Ich denke aber auch an die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die sich mit 65 nicht zur Ruhe setzen wollen.

Hier sind in erster Linie die Unternehmen gefordert: Je früher sie handeln, umso eher bleiben sie am Arbeitskräftemarkt und damit ganz generell am Markt. Wir müssen aber vor allem auch optimale Bedingungen schaffen, dass die Leute in der Arbeit bleiben.

Administrative Entlastung und Fachkräftemangel: Das sind nur zwei von vielen wichtigen Themen. Aber zwei wichtige Schrauben im erfolgreichen Räderwerk «Standort Schweiz». Drehen wir alle Schrauben in die richtige Richtung – damit wir weiterhin Erfolg haben.

**Ihr Johann Schneider-Ammann,
Bundesrat**



«Wenn wir weiterhin eine Wirtschaft wollen, in der es Lust und Freude macht, Unternehmer oder Unternehmerin zu sein, dann braucht es eine Renaissance der Verantwortung», so Bundesrat Schneider-Ammann.

Delegiertenversammlung

Das beste Bildungssystem der Welt

Im Beisein von Bildungsminister Johann Schneider-Ammann verabschiedeten die Delegierten der *FDP.Die Liberalen* an der Delegiertenversammlung in Fribourg fast einstimmig ein Positionspapier für das beste Bildungssystem der Welt. Ein solches ist zentral für den langfristigen Erfolg der Schweiz. Die Einheitskassen- sowie die Gastro-Initiative lehnten die Delegierten klar ab.



«Unsere Jugend soll auch in Zukunft beste Perspektiven haben», sagt Bundesrat Johann Schneider-Ammann.

Die Delegierten haben ein Positionspapier fast einstimmig gutgeheissen, welches für die Schweiz das beste Bildungssystem der Welt fordert. Dies ist eine zentrale Investition in die Zukunft unseres Landes. Dazu gehört Chancengleichheit für alle am Start und dass sich Leistungsbereitschaft lohnt. Bildungsminister Johann Schneider-Ammann bekräftigte die Bedeutung der Bildung: «Unser duales Bildungssystem ist einzigartig und enorm erfolgreich. Pflegen und entwickeln wir es weiter, damit unsere Jugend auch in Zukunft beste Perspektiven hat!»

Keine Experimente mit unserem Gesundheitssystem: Nein zur Einheitskasse!

Eine eindeutige Absage erteilten die Delegierten der Initiative für eine Einheitskasse mit 232 Nein zu 2 Ja. Mit

einer staatlichen Monopolkasse können die Kosten nicht gesenkt werden und die Qualität der medizinischen Versorgung wäre gefährdet. Dank der Wahlfreiheit können unzufriedene Kunden heute die Versicherung wechseln, währenddessen eine Einheitskasse uns zu Bittstellern gegenüber Beamten machen würde.

Nein zur Gastro-Initiative, Ja zum Mehrwertsteuer-Einheitssatz

Auch die Gastro-Initiative, welche Restaurantbesuche demselben Mehrwertsteuersatz wie Lebensmittel des täglichen Gebrauchs unterstellen will, das heisst 2,5 statt 8 Prozent, wurde mit 143 Nein zu 72 Ja (13 Enthaltungen) klar abgelehnt. Die Initiative bevorteilt einen einzigen Wirtschaftssektor und erzeugt jährliche Mindereinnahmen von etwa 750 Millionen Franken bei der Mehrwertsteuer.



Die Delegierten fassten für die Einheitskassen- sowie die Gastro-Initiative klar die Nein-Parole.

Die FDP unterstützt den im europäischen Vergleich einfachsten und tiefsten Mehrwertsteuer-Einheitssatz von 6 Prozent – gegenüber dem EU-Durchschnitt des Spitzensatzes von 21,5 Prozent! Der Einheitssatz ist auch die

wichtigste Einzelmassnahme gegen Bürokratie. Die FDP fordert Bevölkerung und Wirtschaft dazu auf, statt die Gastro-Initiative zu unterstützen, zusammen mit der FDP für den Mehrwertsteuer-Einheitssatz zu kämpfen.

Positionspapier Bildung: Hauptforderungen

- Die Volksschule ermöglicht den gesellschaftlichen Aufstieg, unabhängig von Herkunft.
- Eltern stehen in der Verantwortung ihre Kinder zu erziehen und schulisch zu unterstützen.
- Augenmass in der Umsetzung der integrativen Schule: Sie darf kein unumstösslicher Grundsatz sein.
- Attraktivität der Lehrberufe durch Wissensvermittlung statt Bildungsbürokratie stärken.
- Wertschätzung der Berufsbildung erhöhen und Verakademisierung verhindern.
- Spitzenplatz der Schweiz in Forschung und Innovation sichern.

Gezielte Verbesserungen im Gesundheitswesen

Die Chronik eines beharrlichen Kampfs für echten Wettbewerb endet mit einem Punktsieg. Die Revision des Krankenversicherungsgesetzes (KVG) ist geglückt. Der Tessiner Nationalrat Ignazio Cassis berichtet über einen mühevollen Kampf.

Ignazio Cassis,
Nationalrat Tessin

Diese Geschichte handelt vom langen Kampf um einen verfeinerten Risikoausgleich. In der letzten Frühlingssession sitzt der Risikoausgleich-Pionier, Prof. Konstantin Beck, nervös auf der Tribüne des Parlaments. Er ist extra nach Bern gekommen und will diesen aussergewöhnlichen Tag nicht verpassen. Das KVG kommt zur Abstimmung: Beide Kammern stimmen zu. Es ist keine totale Revolution à la Einheitskasse, aber eine substanzielle Reform, die das Geschäftsmodell der Krankenkassen grundlegend umgestaltet. Die Risikoselektion ist passé, die «Jagd nach guten Risiken» tot. Der Risikoausgleich ist nun zentraler Bestandteil der Solidarität im KVG und sorgt dafür, dass die Gleichbehandlung aller Versicherten, ob gesund oder krank, gewährleistet ist. Konstantin Beck, der Leiter des CSS-Instituts für empirische Gesundheitsökonomie, sagt begeistert: «Dies ist ein wegweisender Schritt. Die Ausgleichsreform wird den künftigen Markt prägen. Schon der erste Reformschritt von 2012 hat zu einer Trendwende geführt und die Risikoselektion im Markt signifikant reduziert.»

Ein Überblick über die Historie

Bereits beim Inkrafttreten des KVG (1996) präsentierte die CSS-Stiftung eine wissenschaftliche Studie, welche die Mängel des gültigen Risikoausgleichs aufzeigte. Zwei Jahre später kam der erste pragmatische Reformvorschlag. Da der Risikoausgleich aber seit 1992 provisorisch im Gesetz verankert war, wollte die Politik abwarten. Die parlamentarische Diskussion wurde erst 2003 im Rahmen der grossen KVG-Revision wieder aufgenommen. Eine Risikoausgleichsre-



«Der Risikoausgleich ist eine gezielte Verbesserung unseres Gesundheitswesens», sagt Gesundheitspolitiker Ignazio Cassis.

form scheiterte jedoch zum wiederholten Mal. 2006 präsentierte das CSS-Institut schliesslich einen abgerundeten Reformvorschlag, und 2007 stimmte das Parlament dem einfachen Vorschlag von 1998 zu: Neben den Indikatoren «Alter» und «Geschlecht» gilt neu auch der Indikator «3 Tage Spitalaufenthalt im Vorjahr» für die Ausgleichsformel. Eine deutliche Verbesserung!

Der Risikoausgleich in der Integrierten Versorgung

Überzeugt von diesem dritten Indikator war ich 2010 jedoch nicht. Wir berieten damals die Managed-Care-Vorlage, und ich fürchtete, die Folgen des Indikators «Spitalaufenthalt im Vorjahr» seien kontraproduktiv für die Integrierte Versorgung: Je besser die integrierte Betreuung, desto seltener die Spitaleinweisungen, und je seltener

die Spitaleinweisungen, desto weniger Gelder aus der Ausgleichskasse. Grund genug für mich, am 25. März 2010 in der SGK-N einen Antrag zur Verfeinerung des Risikoausgleichs zu stellen. Trotz massivem Gegenwind kam der Antrag in unserer Kommission durch. Auch in der Branche begannen einige Versicherer zu realisieren, dass das Geschäftsmodell «Risikoselektion» am Ende war. In der Ständeratskommission kam das Anliegen nach heftiger Debatte ebenfalls durch, und der Kurs wurde im September 2011 vom Parlament bestätigt.

Doch die Managed-Care-Vorlage gefiel vielen Ärzten nicht und scheiterte deshalb am 17. Juni 2012 an der Urne. Mit ihr starb vorerst auch die Verfeinerung des Risikoausgleichs. Gute Ideen haben jedoch mehrere Leben – wie ein Phönix aus der Asche kam das Thema mittels zweier parlamentarischer Initiativen der Freisinnigen und der Sozialdemokraten zurück. Auch der neue Weg war voller Hürden: Die SVP entschied, dagegen anzukämpfen, und der Bundesrat brachte ihn als Bestandteil des indirekten Gegenvorschlags zur Einheitskasse ins Spiel. Dank viel Überzeugungsarbeit im Parlament löste man die komplexe Situation – das Resultat vom 21. März 2014 würdigt all diese Bemühungen.

Das Ende eines Systems mit Widersprüchen

Im bisherigen System bestanden falsche Anreize für die Versicherer, welche die Integrierte Versorgung für die Behandlung chronisch kranker Menschen unattraktiv machten. Diesem System ist nicht nur ein Ende gesetzt. Es wurde eine gezielte Verbesserung des Risikoausgleichs erreicht, und dies ist mehr als die von links geforderte Einheitskasse, die das Bewährte über den Haufen werfen würde.

Bilateraler Weg

Keine Schwächung des Forschungsstandorts Schweiz

Die Annahme der Masseneinwanderungsinitiative hat zum Ausschluss der Schweiz aus den Programmen «Horizon2020» und «Erasmus+» geführt. Unser Land ist auf einen regelmässigen Informations- und Forschungsaustausch angewiesen, um seine Konkurrenzfähigkeit und den exzellenten Forschungsstandort zu erhalten. Deshalb ist ein erneuter Anschluss an die Programme dringend nötig.

Doris Fiala,
Nationalrätin Zürich

Das Stimmvolk hat am 9. Februar 2014 mit dem Ja zur Masseneinwanderungsinitiative ein Zeichen gegen die Migrationspolitik in unserem Land gesetzt. Diesen Entscheid gilt es zu respektieren.

Dennoch hat sich dadurch das Verhältnis zu unserem wichtigsten Wirtschaftspartner EU verschlechtert. Als erste Reaktion auf den Abstimmungsentscheid hat die EU deshalb die Teilnahme der Schweiz am Forschungsprogramm «Horizon2020» und am Bildungsprogramm «Erasmus+» sistiert. Die Schweiz wird neu nicht mehr als Programmland, sondern als Drittstaat behandelt. Dies führt zu erheblichen Einschränkungen für die Schweiz.

Für «Horizon2020» bedeutet dies, dass sich Schweizer Institutionen zwar weiterhin als Projektpartner beteiligen können, Einzelprojekte jedoch nicht mehr unterstützt werden.

Die Schweiz ist auf Wissensaustausch angewiesen

Der Beschluss der EU trifft unser Land besonders hart. Die Schweiz verfügt über keine natürlichen Ressourcen. Deshalb sind wir vollständig auf Bildung, Innovation und einen starken Forschungsstandort angewiesen. Es ist für die Schweiz von überaus grosser Bedeutung, dass wir internationale Spitze in Forschung und Entwicklung bleiben. Die Programme «Horizon2020» und «Erasmus+» ermöglichen unseren Hochschulen und Forschungsinstituten den Austausch mit

dem internationalen Umfeld, sodass wir jeweils auf dem neusten Stand der Entwicklung bleiben können.

Dieser Wissensaustausch fliesst direkt in unsere Unternehmen, welche die Erkenntnisse der Wissenschaft unmittelbar praktisch umsetzen können und so Produkte herstellen, die im internationalen Wirtschaftswettbewerb konkurrenzfähig sind und Arbeitsplätze schaffen. Ein Spitzenplatz in der Forschung bedeutet auch wirtschaftlichen Wohlstand für die Schweiz.



«Ein Spitzenplatz in der Forschung bedeutet auch wirtschaftlichen Wohlstand für die Schweiz», so die Zürcher Nationalrätin Doris Fiala.

Forschungs- und Bildungsprogramme lohnen sich

Auch finanziell rechnet sich die Beteiligung an «Horizon2020» für die Schweiz. Für die 8. Programmgeneration, die sich insgesamt auf 80 Milliarden Euro beläuft, hätte sich die Schweiz mit insgesamt 4,4 Milliarden Franken beteiligt. Die aus den vergangenen Programmgenerationen gewonnene Wertschöpfung überstieg die Kosten jeweils um bis das Anderthalbfache. Beim Bildungsprogramm «Erasmus+» hat sich die Schweiz mit

insgesamt 300 Millionen Franken beteiligt. Auch diese Investition zahlt sich aus. Dank dem Austauschprogramm können unsere angehenden Forscherinnen und Forscher im Ausland Erfahrungen sammeln, ihr Netzwerk erweitern und in der Schweiz gewinnbringend umsetzen.

Mindestens indirekte Assoziierung zu «Horizon2020» und «Erasmus+»

Im Frühling hat der Bundesrat eine vorübergehende Lösung für die Sistierung der EU-Programme «Erasmus+» und «Horizon2020» vorgestellt. So sollen Verbund- und Einzelprojekte in der Forschung neu von einer Direktfinanzierung durch den Bund profitieren können. Bei «Erasmus+» hat der Bundesrat eine der zuvor geltenden Regelung entsprechende indirekte Teilnahme verabschiedet. Der Schwerpunkt liegt dabei auf der Sicherstellung der Mobilität.

Der Entscheid des Bundesrats war richtig und in Anbetracht der Umstände auch dringend notwendig. Es darf nicht sein, dass Forschende und Studierende für den politischen Entscheid gegen die Masseneinwanderung büssen müssen. Deshalb muss wenigstens eine indirekte Beteiligung an «Erasmus+» und «Horizon2020» auch in Zukunft möglich bleiben. Nur so können wir den internationalen Forschungsstandort Schweiz und dessen bisher hervorragende Vernetzung sichern. Davon hängt in grossem Masse unser Wohlstand ab. Im zunehmend härter werdenden internationalen Wettbewerb können wir uns eine Rolle im Abseits schlicht nicht leisten.

Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt

Leben wir unsere liberalen Werte!

Seit über 166 Jahren ist die FDP die Partei, welche nicht mit Worthülsen um sich wirft, sondern Verantwortung für unser Land und seine Bürgerinnen und Bürger übernimmt. Es waren FDP-Vertreterinnen und -Vertreter, welche seit der Gründung der Eidgenossenschaft die Geschicke unseres Landes geprägt, die Entwicklung aktiv mitgestaltet haben und dafür sorgten, dass das Erfolgsmodell Schweiz Wirklichkeit wurde. Dessen Basis sind liberale Werte wie Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt.

Unsere liberalen Gründerväter haben Weitblick für die Schweiz bewiesen. Mit Mut, Verstand und Weitsicht haben sie den Pfad für den Aufstieg unserer Nation bereitet. Nicht populistisch, sondern stets mit dem Blick für das Wohl aller Schweizerinnen und Schweizer haben grosse Männer und Frauen der FDP unser Land geprägt.

Kleine Probleme anpacken

Wir sprechen nicht nur von Bundes-, National- oder Ständeräten: Die Stärke der FDP waren – und sind auch heute – ihre zahlreichen Vertreterinnen und Vertreter in Gemeinden und Kantonen. Regierungsrätinnen und Gemeinderäte, die ihre Region vorwärtsbrachten.

Persönlichkeiten, die Ideen lebten und sich nicht zu schade waren, auch kleine Probleme engagiert anzupacken. Sie alle, unsere liberalen Vorfahren, haben Verantwortung wahrgenommen. Sie haben Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt – urliberale Werte – gelebt.

Dem Erbe verpflichtet

Dem grossen Erbe unserer politischen Wegbereiter ist sich die heutige FDP bewusst. Dies zeigt sich im grossen



Unsere liberalen Bundesräte: Tun wir es ihnen gleich und nehmen wir Verantwortung für unser Land wahr!

unentgeltlichen Engagement, das FDP-Mitglieder auf den unterschiedlichen Ebenen in unserem Land leisten. Es wird auch offensichtlich in zahlreichen Aktionen.

Unsere lokalen, regionalen und kantonalen FDP-Sektionen beweisen dabei viel Fantasie und noch mehr Einsatz. Sie demonstrieren im ganzen Land, dass für uns Politik nicht darin besteht, nur über Probleme zu reden, sondern sie auch anzupacken. Wir präsentieren nicht nur realistische Lösungen, wir setzen sie auch um.

Gelebte liberale Werte

Den Titel der Zukunftsstrategie «Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt – aus Liebe zur Schweiz», die am 13. September am Tag der FDP verabschiedet wird (siehe Seite 19), lebt die FDP. Da sind Ortssektionen, welche für einen lokalen Tierpark Geld sammeln. Da sind Sektionen, die für eine Tagesstätte private Geldgeber sammeln, weil die Betreiberinnen keinen Kontakt zum lokalen Gewerbe haben. Oder die eine Initiative für einen Dorfpolizisten starten, um das Sicherheitsgefühl der

Bevölkerung zu steigern. Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt wird aber auch durch die unzähligen Freiwilligen gelebt. Sei es als Gemeinderat, als Mitglied der Schulbehörde, als Parteipräsidentin einer Ortssektion, als Aktuarin oder Kassier einer Kantonalpartei. Ihr Einsatz in der Freizeit, neben Beruf, Familie und weiteren Hobbys hält unser Land an der Weltspitze.

Tue Gutes und rede darüber

Das Engagement für die Gemeinschaft bleibt leider noch allzu oft unerkannt. Gerne konzentriert sich die Wahrnehmung in den Medien auf die grossen Töne. Dabei ist es gerade das Engagement im Kleinen, das unsere Schweiz so einzigartig macht.

Dem will die FDP entgegen wirken. Wir wollen die guten, innovativen und vielseitigen Aktionen unserer lokalen, regionalen und kantonalen Sektionen kennen lernen und in die Öffentlichkeit tragen. Wir wollen der Schweiz zeigen, wie sich die FDP für Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt engagiert.

Zeigen Sie uns Ihr Engagement!

Alle FDP-Sektionen sind aufgefordert, ihre Projekte zu Freiheit, Gemeinsinn und/oder Fortschritt zu präsentieren. Stellen Sie uns Ihre Aktion vor, zeigen Sie uns, wie Sie und Ihre Mitglieder sich engagieren! Aufgerufen sind nicht nur Präsidentinnen und Präsidenten. Jedes einzelne FDP-Mitglied ist aufgerufen, mit offenen Augen durch die Schweiz zu gehen: Berichten Sie uns von interessanten, innovativen, einzigartigen und kreativen Aktionen der FDP. Zeigen wir der Schweiz, wer das Erfolgsmodell Schweiz am Laufen hält!

Melden Sie Ihre Aktionen an:

Carina Schaller
Operative Wahlkampfleiterin
schaller@fdp.ch

oder *FDP.Die Liberalen Schweiz*
Neuengasse 20
Postfach
3001 Bern

Kommen Sie nach Zug!

Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt – am Tag der FDP am 13. September 2014

Am Samstag, 13. September, zieht es alle FDPler und FDPlerinnen nach Zug. Dann findet der Tag der FDP auf dem Stierenmarktareal statt. Alle Mitglieder der FDP (und die es noch werden wollen) sind eingeladen, in Zug den Tag der FDP zu feiern. Ein attraktives Programm wartet auf die Besucher.

Ein Fest unter Freunden, unter Parteikolleginnen und -kollegen – liebe FDP-Mitglieder, ich freue mich, Sie zum Tag der FDP einladen zu dürfen. Am Samstag, 13. September 2014, erwarten wir Sie im Stierenmarktareal in Zug zu einem tollen Fest.

Der Tag der FDP ist unser Wahlkampfauftakt, gut ein Jahr vor den nationalen Wahlen 2015! Es ist unser Startschuss in einen Wahlkampf, der für die Zukunft der Schweiz wegweisend sein wird. Denn die Schweiz steht vor grossen Herausforderungen.

Ohne Strategie droht der Abstieg

Tiefe Arbeitslosenquoten, hohe allgemeine Zufriedenheit, eine florierende Wirtschaft und ein Leben voller Chancen und Möglichkeiten für jeden – das ist aktuell das Leben in der Schweiz. Doch unser Erfolgsmodell ist in Gefahr. Von links und rechts werden An-



«Ich freue mich, Sie am Tag der FDP in Zug begrüssen zu dürfen.»

griffe auf den Erfolg unseres Landes gefahren, Europa verändert sich nicht zum Guten, und die Welt wird unsicherer. Interne wie externe Faktoren drohen unser Leben in einer negativen Weise zu verändern.

Wir können nicht einfach abwarten und zusehen, wie sich die Welt verändert, und hoffen, dass sich alles zum Guten wendet. Wir brauchen eine Strategie, um den Herausforderungen zu begegnen. Ansonsten droht der Abstieg der Schweiz in die zweite Liga.

Die FDP übernimmt Verantwortung

Wir, die FDP, haben diese Herausforderungen erkannt. Und wir stellen uns ihnen. Gemeinsam mit Ihnen, liebe Mitglieder, wollen wir den Kampf um unser Erfolgsmodell Schweiz annehmen. Wir übernehmen Verantwortung! Wir formulieren eine Zukunftsstrategie! Wir setzen uns für Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt ein!

Aus Liebe zur Schweiz. Mit Mut und Verstand. Damit unsere Schweiz jetzt und in Zukunft für uns und die nächste Generation lebenswert bleibt. Nur wenn wir für uns selbst, für unse-

re Umwelt und für unsere Zukunft Verantwortung übernehmen, werden wir Erfolg haben.

Mit Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt in die Zukunft

Am Tag der FDP werden wir mit Ihnen zusammen die Zukunftsstrategie der FDP verabschieden. Wir sind überzeugt, mit den Werten Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt den Erfolgsweg der Schweiz weiterführen zu können. Damit uns das gelingt, brauchen wir aber auch Ihr klares Statement. Kommen Sie an den Tag der

FDP, um ein Zeichen für eine starke FDP und somit eine starke Zukunft unseres Landes zu demonstrieren.

Die Schweiz braucht die FDP. Und wir brauchen Sie. Läuten Sie mit uns den Wahlkampf ein, schicken Sie mit uns die Zukunftsstrategie auf den Weg. Aus Liebe zur Schweiz! Und für einen Wahlerfolg 2015! Ich freue mich, Sie in Zug begrüssen zu dürfen. Melden Sie sich an unter www.fdp.ch/tagderschweiz.

**Ihr Vincenzo Pedrazzini,
Wahlkampfleiter**

Tag der FDP

**Samstag, 13. September 2014
Stierenmarktareal, Zug**

Programm

10.45 Uhr:

Eröffnung Festareal

11.15–12.30 Uhr:

Offizieller Festakt

12.30–16.00 Uhr:

Tag der FDP mit vielen Angeboten für Jung und Alt

Anmeldung

Melden Sie sich noch heute an für den Tag der FDP und feiern Sie mit uns den Wahlkampfauftakt.

www.fdp.ch/tagderschweiz



Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Engagement der FDP zeigt: Es kann klappen!

Für die *FDP.Die Liberalen* ist die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein zentrales Anliegen. An einer Tagung in Luzern am 23. Mai 2014 wurde über die Umsetzung konkreter Projekte der FDP auf kantonaler und lokaler Ebene diskutiert. Fazit: Der Weg ist noch lang, aber die ersten Schritte sind gemacht.

Philipp Müller,
Präsident *FDP.Die Liberalen*

Die Tagung zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie hat einen guten Überblick gegeben, wo die Schweiz heute steht. Und sie hat gezeigt: Die FDP engagiert sich stark bei diesem für Wirtschaft und Gesellschaft zentralen Thema. Denn nach dem Ja zur Masseneinwanderungsinitiative sind wir auf das inländische Arbeitskräftepotenzial noch mehr angewiesen.

Es braucht föderalistische Ansätze

An der FDP-Tagung in Luzern wurden spannende Fakten zu den Mittelstandsfamilien im Allgemeinen durch Martina Imfeld (gfs, Bern) vorgestellt, zu den Herausforderungen und Chancen für Männer durch Markus Theunert (männer.ch) sowie für die Frauen durch Suzanne Stern (infras Zürich). Im zweiten Teil wurde anhand von praktischen Beispielen aus verschiedenen Regionen der Schweiz aufgezeigt, wie die Vereinbarkeit mit verschiedenen Tagesstrukturen verbessert werden kann.

Dass Städte andere Lösungen brauchen als ländliche Gegenden ohne grössere zusammenhängende Siedlungsgebiete, erklärten Urs Hunziker, Stadtrat Stadt Schaffhausen, Brigitte Weibel, Departementsvorsteherin der Gemeinde Glarus Süd, sowie die Luzerner Grossstadträtin Laura Grütter. Letztere berichtete von der erfolgreichen Einführung von Betreuungsgutscheinen in der Stadt Luzern. Ihre Kollegin Angela Pfäffli erläuterte den politischen Prozess hin zum Angebot für die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, während die Aargauer Grossrätin Martina Sigg von den noch zu meisternden politischen Her-



Seit seiner ersten Delegiertenversammlung als Präsident im Jahr 2012 betont Präsident Philipp Müller immer wieder: «Eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist für den Wirtschaftsstandort Schweiz zentral!»

ausforderungen für eine entsprechende Gesetzesvorlage berichtete.

Vereinbarkeit als Erfolgsfaktor für mehr Wettbewerbsfähigkeit

In der anschliessenden Diskussion wurde rasch klar: Die Forderungen von Parteipräsident Philipp Müller und von der Präsidentin der FDP Frauen Carmen Walker Späh nach mehr Anstrengungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf werden von allen geteilt. Das erhöht nicht nur die Chancen der Frauen auf eine (Wieder-)Eingliederung in den Arbeitsmarkt, sondern ermöglicht Müttern und Vätern eine gleichberechtigte Aufteilung von Erwerbs- und Erziehungsaufgaben.

Eine Studie der ETH sowie der Universität Zürich hat gezeigt: Angesichts der demografischen Entwicklung lohnt sich die Investition in eine fami-

lienfreundliche Personalpolitik sowohl für KMU wie für internationale Grossfirmen: Die Rückkehrquoten von Mitarbeiterinnen nach der Geburt ist höher, es werden Motivationsanreize geschaffen, damit die Leistungsbereitschaft gestärkt und die Absenzen verringert werden.

Nachhaltige Investitionen, die sich lohnen

Solche Programme zur Förderung der Vereinbarkeit haben ihren Preis, aber die finanziellen Vorteile wiegen langfristig die Kosten auf. Das gilt nicht nur für die Privatwirtschaft, sondern auch für den Staat, wie das am Beispiel der Betreuungsgutscheine in der Stadt Luzern anlässlich der Tagung aufgezeigt werden konnte. Der Staat investiert viel Geld in die Ausbildung, sei es eine Lehre, sei es ein Universi-

tätsstudium. Diese Investitionen sind aber nur dann nachhaltig und nutzbringend, wenn die Möglichkeit zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie gegeben ist und gut ausgebildete Frauen wegen der Familie der Arbeitswelt nicht den Rücken kehren müssen.

Wir alle sind gefordert, und dies nicht erst seit dem 9. Februar, aber seither besonders: Wir brauchen Rahmenbedingungen, die Chancen für private und öffentliche Initiativen schaffen und nicht behindern. Der Staat soll sich dort mit eigenen Projekten engagieren, wo private Organisationen das nicht alleine schaffen respektive nicht zuständig sind, zum Beispiel bei den Tagesschulen. Und die FDP-Tagung hat gezeigt: Es ist noch ein langer Weg, aber wichtige Schritte sind gemacht – die FDP wird weitergehen!

Neulinge in Bundesbern

Beat Walti und Hans-Peter Portmann neu im Parlament

Durch die Rücktritte von Filippo Leutenegger und Markus Hutter aus dem Nationalrat wurden in der Zürcher Nationalratsdelegation zwei Sitze frei. Mit Beat Walti und Hans-Peter Portmann schickt die FDP Zürich zwei profilierte Nachfolger in die Grosse Kammer.

Arbeitsplätze bedeuten Wohlstand

Mit Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt in der Schweiz sichere Arbeitsplätze und Renten zu gewährleisten und bürokratische Auswüchse zu bekämpfen – dies ist das Versprechen der FDP an liberale Wählerinnen und Wähler, das wir über alle Stufen unseres föderalistischen Staates verfolgen wollen.

Nun habe ich das Privileg, zur Einlösung dieses liberalen Versprechens meinen Beitrag auch auf nationaler Ebene zu leisten. Meine Vereidigung und Einführung in den Parlamentsbetrieb waren sehr eindrücklich. Zwar kenne ich nach vielen Jahren als Kantonsrat, Fraktionspräsident und Präsident der Kantonalpartei die Arbeit in einer Legislative im Grundsatz. Auch habe ich mit vielen Akteurinnen und Akteuren der nationalen Politik bereits zusammengearbeitet. Aber allein die hektische Betriebsamkeit in der Wandelhalle und die unzähligen Informationsveranstaltungen von Interessen- und Lobbygruppen zeigen, dass hier in «Bundesbern» in vielen politischen Fragen «der Käse gegessen wird». Es werden grossen Weichen gestellt, welche die Rahmenbedingungen des Lebens und Wirtschaftens in unserem Land definieren.

Mit meiner Wahl in die Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen (KVF-N) erhalte ich Gelegenheit, in gewichtigen Verkehrsdossiers (Gottard-Sanierung, Finanzierung der nationalen Strasseninfrastruktur NAF, Autobahn-Netzbeschluss) sowie bezüglich der bundesnahen Betriebe (SBB, Post, Swisscom) intensiv mitzuwirken. Diese Infrastrukturthemen sind bedeutend für die Frage, ob wir Arbeitsplätze und Wohlstand auch in

Zukunft auf hohem Niveau halten können.

Als überzeugter Milizpolitiker will ich unsere liberalen Ziele immer auch mit Blick auf die Erfahrungen im Beruf, im engen Kontakt mit der Basis, und natürlich vor allem auch mit «meiner» Kantonalpartei verfolgen. Ich danke allen, die mich dabei unterstützen.

Beat Walti

Eine Prise Humor für Bundesbern

Wer von Zürich nach Bern ins Parlament kommt, der weiss, dass einem eine herzliche Aufnahme beschert wird. Nicht etwa, weil wir Zürcher für unsere weltgewandten Auftritte oder unzähligen Erfolgsgeschichten beliebt

wären, im Gegenteil, an uns liebt man einzig und allein die gefüllten Geldbörsen, woraus ja an jeder Ecke in unserem Lande etwas hängen bleibt. Und so bin ich denn auch sehr rasch zum finanzkräftigen Kaffee- und Nussgipfel-Konsumenten im Bundeshaus-eigenen Nobelbistro geworden. Die Bedienung ist gar nicht bernerisch. Rasch, effizient, mit einem Schuss sexy Outfit gibt es da sehr wohl Parallelen zum weltoffenen Zürich. Wären da in der Kaffeepause nur nicht gewisse Parlamentskollegen, die mir mit ihren flotten Sprüchen die Bedienung streitig machen wollen. Dabei haben sie noch gar nicht geschnallt, dass ich keine Konkurrenz für sie darstelle. Aber dazu später nochmals.

Nach neunzehn Jahren Zürcher Kantonsrat ist mir natürlich der Parla-

mentsbetrieb nicht fremd. Dies zusammen mit einigen finanzpolitischen Themen von nationaler Bedeutung in meinem Rucksack, habe ich denn auch gleich meine ersten parlamentarischen Vorstösse eingereicht. So zum Beispiel eine Interpellation zu den Kosten und Risiken beim Verwalten von Steuerdaten aufgrund des bevorstehenden Informationsaustauschs oder die Frage nach der Förderung von Finanz- und Bankwissenschaften. Aber auch das Mikrofon habe ich im Saal sehr schnell gefunden und ein Votum gegen die kontraproduktive Familieninitiative gehalten sowie den Verteidigungsminister mündlich um Auskunft über die bevorstehende Kopfstruktur bei der Armee gefragt. Letzteres ein Thema von Sternchen, Gold und mit Linien verbundenen Kästchen.

Nun aber zurück zu den Hahnenkämpfen im Bundeshaus. Spätestens bei den Aussagen von Nationalratskollege Toni Bortoluzzi aus der SVP, dass gewisse liberale Lebensformen fehlgeleitet und die Hirnlappen der Betroffenen auf die falsche Seite geklappt seien, hätten die Parlamentskollegen in den Ruhemodus übergehen können. Wie auch immer: jedenfalls hat Kollege Bortoluzzi von mir und je einer Vertretung aus allen Fraktionen offiziell einen Waschlappen erhalten. Diesen kann er nun kehren, wie er will. Dazu gab es auch noch einen Auszug aus der Bundesverfassung, abgestempelt mit dem Wappen der Bundesversammlung, wo Art. 8 besagt, dass niemand aufgrund seiner Lebensform diskriminiert werden darf.

Dies also meine ersten Tage im Nationalrat mit dem Fazit – Bundesbern verträgt problemlos etwas mehr Humor.

Hans-Peter Portmann



Die Zürcher Nationalratsdelegation ist wieder komplett (von links): Beat Walti, Doris Fiala, Hans-Peter Portmann und Ruedi Noser.

Jetzt erst recht

Ja zum Schutz der Privatsphäre!

Der Bundesrat hat im Mai seine Strategie zum automatischen Informationsaustausch (AIA) präsentiert. Aussenpolitisch ist der AIA als globaler Standard umzusetzen, und der Bund muss möglichst gute Rahmenbedingungen für den Finanzplatz Schweiz und seine Arbeitsplätze verhandeln. Zu trennen ist das Vertrauensverhältnis zwischen Bürger und Staat im Inland. Hier gibt es nichts zu ändern: Die Privatsphäre ist zu schützen. Dazu ein klares Bekenntnis abzulegen und Vertrauen zu schaffen, hat die Landesregierung leider versäumt. Umso wichtiger ist die von der Delegiertenversammlung der *FDP.Die Liberalen* unterstützte Volksinitiative «Ja zum Schutz der Privatsphäre».

Gabi Huber,
Nationalrätin Uri

Die aktuelle Diskussion um den automatischen Informationsaustausch zeigt: Der internationale Trend geht Richtung Transparenz statt Effizienz. In Zeiten leerer Kassen stellen immer mehr Staaten ihre fiskalischen Interessen über die Privatsphäre der Bürger. Und unter dem Eindruck entsprechender Forderungen solcher Schuldenstaaten an die Schweiz, angefeuert von der Linken und selbst von sogenannten bürgerlichen Politikern, wird der gläserne Bürger nun auch im Inland zum Thema. Damit steht das bisher auf Vertrauen und Selbstverantwortung aufgebaute Verhältnis zwischen Bürger und Staat in der Schweiz auf dem Spiel. Die Volksinitiative «Ja zum Schutz der Privatsphäre» will deshalb neu auch den Anspruch auf Schutz der finanziellen Privatsphäre in der Verfassung verankern.

AIA im Aussenverhältnis klären

Auf OECD- und EU-Ebene nimmt der AIA immer klarere Formen an. Wie von der FDP seit langem gefordert, wird die Sicherung gleich langer Spiesse mit anderen Finanzplätzen damit noch zentraler, sodass die Schweiz Arbeitsplätze und Steuereinnahmen sichern kann. Verhandlungen über den AIA mit der EU müssen zur Sicherung und Verbesserung des Marktzutritts unserer Finanzinstitute in EU-Ländern führen. Zudem ist im Rahmen der OECD sicherzustellen, dass für alle Marktteilnehmer die gleichen Spielregeln gelten: Trusts und Gliedstaaten sind ebenfalls dem AIA



Die Volksinitiative «Ja zum Schutz der Privatsphäre» will den Anspruch auf Schutz der finanziellen Privatsphäre in der Verfassung verankern.

zu unterstellen, und auch die USA müssen die internationalen Regeln umsetzen.

Beibehaltung der finanziellen Privatsphäre im Inland

Die Auswirkungen des AIA im Inland sind ungeklärt. Hier braucht es – abgesehen von einer Verschärfung im Rahmen der fortgesetzten schweren Steuerhinterziehung – keine Änderung. Mit der Volksinitiative «Ja zum Schutz der Privatsphäre» wird der AIA auf nationaler Ebene ausgeschlossen und das Bankkundengeheimnis für Personen mit Wohnsitz oder Sitz in der Schweiz gewahrt. Umgekehrt werden klare Spielregeln definiert, wann der Schutz auf Anspruch der finanziellen Privatsphäre gerade nicht geltend gemacht werden kann. Denn Steuerdelikte sind keine Kavaliersdelikte und sollen hart bestraft werden.

Jetzt unterschreiben!

Die Privatsphärenschutz-Initiative ist das richtige Mittel, um unseren Forderungen Nachdruck zu verleihen. Die Sammlung der Unterschriften ist schon weit fortgeschritten. Unterschreiben Sie jetzt die Volksinitiative und motivieren Sie Ihren Bekanntenkreis, dasselbe zu tun. Unterschriftsbögen können unter www.fdp.ch/privatsphaere heruntergeladen werden.

IDAHOT

Ehe für alle! Ein urliberales Thema

Unter dem Motto «Ehe für alle» fand am 17. Mai 2014 eine überparteiliche Kundgebung auf dem Münsterplatz in Bern statt. Einige Nationalräte, darunter auch FDP-Nationalrat Daniel Stolz, forderten in einer gemeinsamen Rede die Öffnung der Zivilehe für gleichgeschlechtliche Paare.

Odilo Lamprecht,
Präsident Radikal

Am 17. Mai 2014, 14.00 Uhr eröffnen die Mitglieder der überparteilichen LGBT-Politnetzgruppe, zu der auch Radikal gehört, die Feierlichkeiten zum IDAHOT (International Day Against Homophobia and Transphobia) in Bern. Mit dem seit 2005 am 17. Mai jährlich begangenen IDAHOT wird das gesamtgesellschaftliche Engagement gegen Homophobie und Transphobie mit dem Ziel vorangetrieben, dass LGBT-Menschen (lesbische, schwule, bisexuelle, trans*) frei und gleichberechtigt leben können. Das diesjährige Thema ist die Öffnung der Ehe für alle. Zu diesem Zweck referieren unterschiedliche Nationalräte von links bis rechts. Darunter auch FDP-Nationalrat Daniel Stolz. Daniel Stolz macht darauf aufmerksam, dass die eingetragene Partnerschaft ein Kompromiss gewesen sei, der eingegangen werden musste. Doch die Ehedefinition sei weltweit im Wandel und es gebe keinen Grund, die gleichgeschlechtliche Ehe nicht zu erlauben.

Dieses Thema wird insbesondere mit Bezug auf die Familieninitiative



Nationalrat Daniel Stolz fordert die Öffnung der Zivilehe für gleichgeschlechtliche Paare.

der CVP sehr aktuell. Darin fordert die christliche Partei die klare Definition der Ehe als Bund zwischen Mann und Frau. Diese Forderung entspricht

jedoch keineswegs dem Verständnis einer modernen und liberalen Gesellschaft. Eine Annahme dieses Anliegen würde die Gesellschaft um Jahre

zurückwerfen. Beziehungen zwischen zwei Frauen oder zwei Männern sind ein Teil unserer Gesellschaft und kann nicht ausgeblendet werden.



Zahlreiche Besucher am IDAHIT auf dem Münsterplatz in Bern.

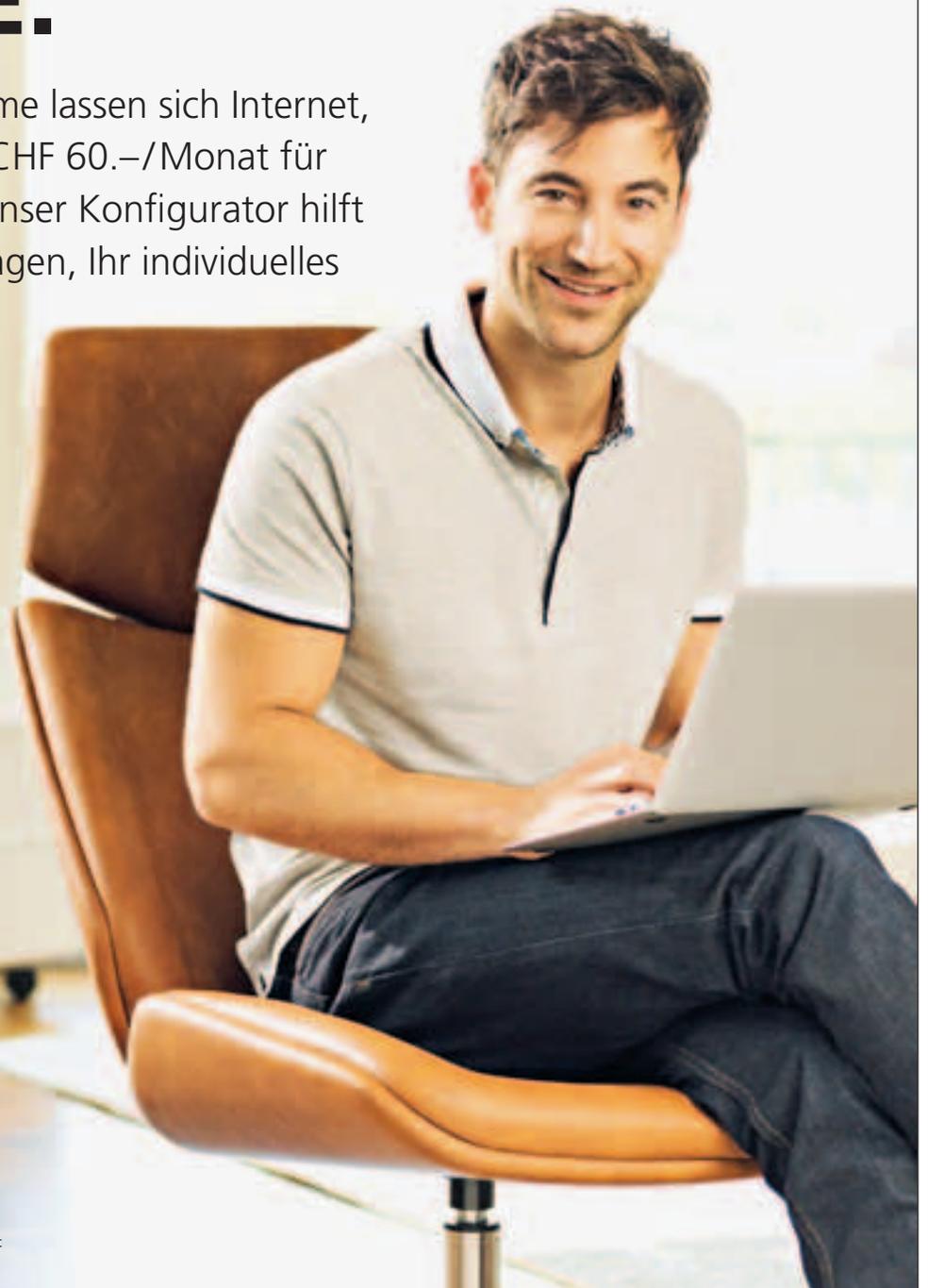


Der IDAHOT fordert mehr gesamtgesellschaftliches Engagement gegen Homophobie.



NUR DAS BEZAHLEN, WAS ICH WIRKLICH BRAUCHE.

Mit dem neuen Sunrise Home lassen sich Internet, Festnetz und TV schon ab CHF 60.–/Monat für Sie optimal kombinieren. Unser Konfigurator hilft Ihnen mit vier einfachen Fragen, Ihr individuelles Paket zusammenzustellen:
sunrise.ch/meinpaket



Sunrise internet start, phone start, TV start für CHF 60.–/Monat

Das macht Sinn. **Sunrise**